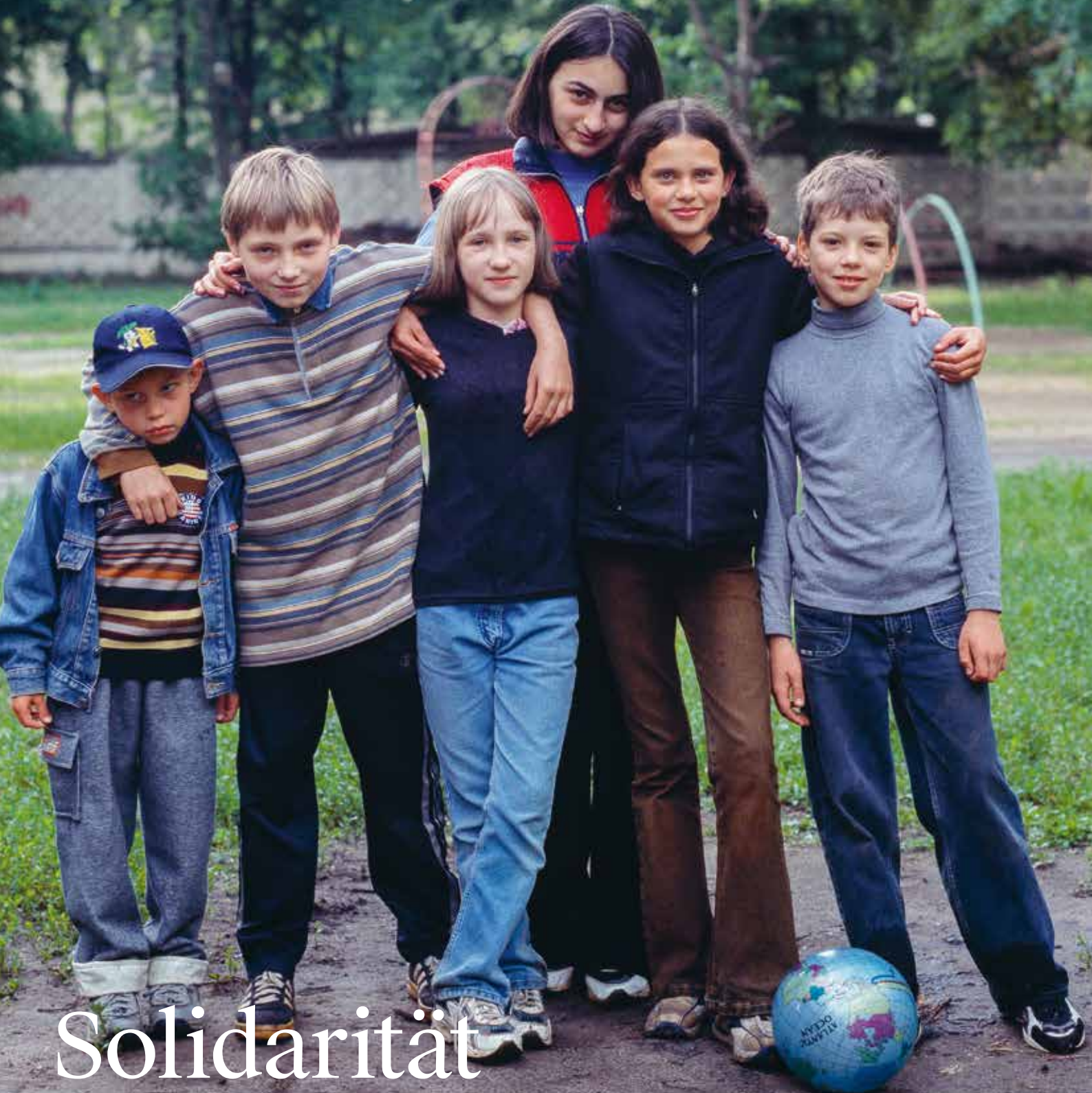


dialog



Solidarität

Gemeinsam
für unsere
Stadt

Helfen
hilft
Düsseldorf
Diakonie  Düsseldorf



Michael Schmidt,
Diakoniepfarrer

Liebe Lesende,

Zusammenhalt, Solidarität, Miteinander: So gelingt das Mannschaftsspiel und macht Spaß. Und so gelingt auch das Leben und wird es gut.

Die sechs Kinder auf dem Coverbild zeigen es uns: Sie stehen fest zusammen, die Unterschiede von klein und groß, Junge oder Mädchen, von Religion oder Nationalität spielen für sie keine Rolle. Echte Solidarität ist grenzüberschreitend und umfassend – so, wie die Kinder die Arme umeinanderlegen.

Bereits vor mehr als 2.500 Jahren wurde vom weisen Prediger Salomo formuliert, dass eine dreifache Schnur nicht so schnell reißt. Die Erkenntnis ist so alt wie die Menschheit selbst: Nur solidarisch ist es möglich, dass der Einzelne sein Leben bestehen kann und dass die gesamte Menschheit die großen nationalen wie globalen Herausforderungen bewältigen kann.

Zwei sind besser dran als einer allein!
Denn zu zweit geht die Arbeit leichter von der Hand.
Und wenn einer von beiden hinfällt,
hilft ihm der andere wieder auf die Beine.
Einer allein kann überwältigt werden.
Zwei miteinander können dem Angriff standhalten,
und die dreifache Schnur reißt nicht so schnell!

aus Prediger Salomo 4, 12

Diese Erkenntnis motiviert und prägt das Handeln der Diakonie bis heute.

Mit der aktuellen Ausgabe unseres Magazins dialog laden wir Sie herzlich ein, ins Nachdenken zu kommen: Wo können Sie solidarisch sein mit anderen? Wo brauchen Sie die Solidarität der anderen? Wo kommt Solidarität an ihre Grenzen und warum? Und wie sähe die Welt aus ohne gelebte Solidarität?

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und viele solidarische Momente. Ihr

Michael Schmidt

Thema Solidarität

Diakonie Düsseldorf

Jugend und Familie
Gesundheit und Soziales
Leben im Alter

6 Die Grenzen der Solidarität

Solidaritätsforscher Dr. Ulf Tranow im Interview

10 Zusammen sind wir stark.

Theologische Betrachtungen von Barbara Rudolph

11 Eine Frage des Geldes

In der ärztlichen Sprechstunde für Wohnungslose

14 Das verbindende Element

David Ertl fotografiert Menschen beim Fußballspielen

16 Wie viel Sozialstaat brauchen wir?

VdK-Präsidentin Verena Bentele und Ökonom
Bernd Raffelhüschen im Streitgespräch

20 Ellbogen statt Solidarität?

Ein Gastbeitrag von Manni Breuckmann

21 Drei Fragen an ...

Tanja Peters, Leiterin der Heilpädagogischen Tagesgruppen
der Diakonie

22 Ein Hof als Gemeinschaftsprojekt

Solidarische Landwirtschaft in Velbert

27 Gehen, um als andere wiederzukommen

Mit dem Solidaritätscorps nach Georgien

30 Holt euch das Internet zurück!

Der Verein HateAid unterstützt Betroffene von Hass im Netz

36 Herr Möhlendick schreibt an die Politik

Ein Vater ist genervt, weil das
Land zu wenig für die Kitas
tut

38 „Jetzt traue ich mir etwas zu“ Samriz Hamidi unterstützt unbegleitete minderjährige Geflüchtete

40 Hohe Preise erschweren das Leben

Die Evangelische Tafelaus-
gabe

46 Ich wünscht', ich wär' ein ... Zuwachs im Katharina- von-Bora-Haus

48 Wir helfen! Vier Freiwillige und ihre Geschichten

50 Kurz und knapp

50 Impressum

Offenes Foyer

Dance like nobody's watching

Sa 18.05. + Sa 15.06. ab 15:00

Offenes Foyer

Bülbül Club

Fr 31.05. + Fr 28.06. ab 20:00

DANCING IN PUBLIC

Clara Reiner, René Alejandro Huari Mateus, Jacob Bussmann & Frédéric De Carlo

local dancing
So 09.06. 15:00

Foto: Ardelle Schneider

Die Grenzen der

Solidarität

Dr. Ulf Tranow ist Soziologe und einer der renommiertesten Solidaritätsforscher in Deutschland. Im Gespräch erläutert er ein Grundprinzip, das jeder anders versteht, aber dadurch viel über uns selbst verrät. Und er erklärt, warum Solidarität nicht immer positiv ist, doch gerade in Krisen die Lösung für ein friedlicheres Zusammenleben sein muss.

Gespräch Marc Latsch

Herr Tranow, als wie solidarisch würden Sie sich selbst bezeichnen?

Meine Forschung hat mich für Solidarität sensibilisiert. Dadurch fällt mir eher auf, wo ich nicht solidarisch bin. Wenn ich zum Beispiel bei der vierten Spendenanfrage kein Geld mehr gebe. Solidarität hat immer etwas mit knappen Ressourcen zu tun. Irgendwann ist ein gewisser Sättigungsgrad erreicht. Aber im Grunde genommen würde ich mich als solidarisch bezeichnen.

Und wie solidarisch ist unsere Gesellschaft?

Entscheidender ist die Frage, wofür wir solidarisch sind. Unsere Gesellschaft wandelt sich. Wir haben in der Corona-Pandemie und nach der Flutkatastrophe im Ahrtal festgestellt, dass es in akuten Krisen eine hohe Solidaritätsbereitschaft gibt. Das hatten wir als Gesellschaft ein bisschen unterschätzt. Was akute Krisensituationen angeht, besitzen wir eine ausgeprägte und verlässliche Solidarität. Die Alltagssolidarität, beispielsweise am Arbeitsplatz oder in der Nachbarschaft, ist im Schatten dieser ereignisbezogenen Solidarität eventuell etwas brüchiger geworden.

Hängt das auch damit zusammen, dass es durch die Krisenhaftigkeit unserer Zeit so viele aktuelle Anlässe gibt?

Das hat mit vielen Dingen zu tun. Krisen provozieren Solidarität, sie nutzt sich aber auch sehr schnell ab. Die protestierenden Frauen im Iran wurden sehr stark medial aufgegriffen, es gab zahlreiche Solidaritätsbekundungen. Obwohl sich an der Situation nichts änderte, gingen wir relativ schnell wieder zum Alltag über. Unsere Aufmerksamkeitsökonomie treibt uns dazu, kurzfristig, aber dafür sehr emphatisch Solidarität zu äußern. Das liegt an der medialen Berichterstattung, aber auch an unseren sozialstrukturellen Voraussetzungen. Die Menschen sind

mobiler und individueller geworden. Ihre Aufmerksamkeit ist weniger an Familie und Nachbarschaft gebunden.

Ist Solidarität erlernbar?

Auf jeden Fall. Der größte Lerneffekt besteht, wenn wir erfahren, dass unsere Solidarität keine Einbahnstraße ist, sondern wir im Bedarfsfall ebenfalls unterstützt werden. Solidarität ist dann eine starke Ressource für gesellschaftlichen Zusammenhalt, wenn sie von einem Eins-zu-eins-Austausch entkoppelt ist. Wenn es ein Vertrauen in eine generalisierte solidarische Unterstützung gibt. Ohne dieses Vertrauen bleibt Solidarität in komplexen Gesellschaften sehr beschränkt.

Also spielt Eigennutz bei Solidarität auch eine Rolle?

Solidarität impliziert, dass man Kosten auf sich nimmt ohne die Sicherheit, etwas zurückzubekommen. Wenn wir aber damit rechnen können, dass unsere Solidarität erwidert wird, dann können Eigeninteressen unsere Motivation stärken. Wenn Solidarität beispielsweise aus Gründen einer Ressourcenasymmetrie nur einseitig möglich ist, werden ethische Erwägungen wichtiger, um uns zu motivieren. Es ist also eine hybride Sache, die sich nicht allein auf Eigennutz oder Moral reduzieren lässt. Eine Ertragsgarantie gibt es bei Solidarität aber nicht.

Dem Alltagsverständnis nach ist Solidarität immer etwas Positives. Sie warnen vor dieser Ansicht. Warum?

Solidarität bedeutet, dass wir Kooperationsverpflichtungen aus einem Zusammengehörigkeitsgefühl ableiten. Es gibt Situationen, in denen solche Netzwerke kontraproduktiv sind. Auch Terrororganisationen und Rechtsextremisten benötigen Solidarität, um als Gruppe zu

Wir sind als Gesellschaft darauf angewiesen, gemeinsam Probleme zu lösen. Dazu müssen wir uns klar machen, dass uns mehr vereint, als uns trennt.

funktionieren. Das ist die dunkle Seite der Solidarität. Außerdem könnte eine zu starke Solidarität dazu führen, dass es ökonomisch weniger Leistungsanreize gibt. Zu viel Solidarität kann schädlich sein.

Verstehen wir unter Solidarität nicht ohnehin alle etwas anderes?

Solidarität ist ein höchst umstrittener Begriff. Er war zunächst progressiv definiert und sehr stark mit der Arbeiterbewegung verbunden. Mittlerweile nutzt auch die Rechte den Begriff. Auch in der Religion spielt der Begriff eine starke Rolle. Es gibt aber ein universelles Kernelement. Das Grundprinzip von Solidarität ist, dass wir als Angehörige einer Gruppe bestimmte Gemeinsamkeiten aufweisen, die uns zu gegenseitiger Unterstützung verpflichten. Auch wenn es mit Kosten verbunden ist. Dann stellen sich weitere Fragen, die aus linker, rechter und religiöser Perspektive sehr unterschiedlich beantwortet werden: Wer ist die Gruppe? Wer gehört zu uns und wer nicht? Wie viel Solidarität ist angemessen?

Ist es ein Fortschritt der liberalen Gesellschaft, dass jede*r entscheiden kann, in welcher Form er oder sie solidarisch ist?

Es ist ein großer Fortschritt, dass wir freier über unsere Solidaritätsressourcen verfügen können. In traditionellen Strukturen ist das nicht möglich. Dort muss die Absicherung sehr lokal organisiert sein. Durch den Wohlfahrtsstaat sind wir von diesen Verpflichtungen entlastet. Konservative beklagen das teilweise. Man könnte aber auch sagen: Weil es Dienstleister für Pflege und sozialstaatliche Einrichtungen gibt, können die Solidaritätsressourcen überhaupt außerhalb der Familie genutzt werden. Das halte ich für einen Fortschritt.

Profitieren aber nicht auch Extremisten, wenn alte Solidarstrukturen bröckeln?

Gerade Rechtsextremisten profitieren von dem Gefühl einzelner gesellschaftlicher Gruppen, nicht mehr im Solidarfokus zu sein. Bei Solidarität geht es immer auch um Anerkennung und Zugehörigkeit. Wenn Teile der Gesellschaft sich mit ihren Sorgen und Nöten nicht mehr beachtet fühlen, kann der Rechtspopulismus eine alternative Solidargemeinschaft bieten.

Ist es nicht auch hochpolitisch, wem gegenüber man sich solidarisch zeigt?

Solidarität ist immer selektiv. Es hat etwas Politisches, ob wir uns eher den ukrainischen Bürger*innen oder „unseren“ Obdachlosen und Rentner*innen gegenüber solidarisch zeigen. Außerdem sind manche Konfliktlagen, wie im Nahen Osten, so kompliziert, dass sich Solidarität sehr ungerecht anfühlen kann. Wer sich stark für die Belange der Menschen in Gaza einsetzt, muss sich dann anhören, dass er die Anliegen des Staates Israel und der Jüd*innen nicht im Blick hat. Genauso ist das andersherum. In der Dynamik der politischen Debatten erschwert das Solidarität.

Sind manchmal auch die Grenzen zur Politik-PR fließend?

Das wird schon in den sozialen Medien deutlich, wo wir alle als Kuratoren unseres eigenen Profils auftreten. Wer dort Solidarität bekundet, trifft eine Aussage über sich selbst und stellt sich im öffentlichen Raum dar. Das ist Selbst-PR. Ebenso drücken auch politische Organisationen und Staaten mit ihren Solidaritätsbekundungen Identitäten aus. In diesem Dilemma steckt auch Deutschland, wenn es sich sehr solidarisch mit Israel zeigt. Gerade aus dem Globalen Süden kommt der Vorwurf, dass sich Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt hingegen immer für eine regelbasierte Weltordnung eingesetzt hat. Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht immer eins.

Sie haben erwähnt, wie schwer es ist, sich auf einen Solidaritätszweck zu einigen. Eine aktuelle Ausnahme war die Flutkatastrophe an der Ahr, die zu einer schier kollektiven Solidarität führte. Was kam dort zusammen?

Da gab es etwas, was ziemlich konsensfähig ist. Wenn Leben unmittelbar bedroht und Existenzen in den Grundfesten erschüttert werden, erkennt so gut wie jeder den Unterstützungsbedarf. Gerade in einer Naturkatastrophe, wenn Menschen ohne eigenes Zutun in Not geraten. Hinzu kommt, dass es nach der Corona-Pandemie ein großes Bedürfnis gab, aus der Isolation auszubrechen. Die ganz starke Unterstützung vor Ort war meiner Einschätzung nach auch durch ein Ausgehungertsein der Menschen nach kollektivem Handeln motiviert.

Trotzdem ebte die Hilfe nach einer gewissen Zeit ab, ohne dass die Bedürftigkeit verschwunden war.

Es gibt Halbwertzeiten für Solidarität. Das müssen wir akzeptieren. Wer in der Not spontan solidarisch ist, ignoriert immer auch seine sonstigen Prioritäten. Auf Dauer ist das nicht leistbar. Irgendwann drückt der Alltag mit seinen Problemen. Und natürlich nutzen sich Emotionen ab. Das lässt sich auch bei den Demonstrationen gegen Rechtsextremismus beobachten. Die erste Massendemonstration mag für alle noch ein unglaublich gutes Gefühl sein. Aber wenn wir das Woche für Woche machen, wird es irgendwann langweilig. Dann konkurriert der samstägliche Demonstrationsaufruf mit dem Fußballspiel, das wieder attraktiver wirkt.

Solidarität und Gerechtigkeit sind nicht immer eins.



Dr. Ulf Tranow, Jahrgang 1975, forscht seit 2004 am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Zunächst als Wissenschaftlicher Mitarbeiter, später als Juniorprofessor und heute als Akademischer Oberrat. Zur Solidarität hat er zahlreiche Essays und Aufsätze veröffentlicht. 2012 erschien sein Buch „Das Konzept der Solidarität: Handlungstheoretische Fundierung eines soziologischen Schlüsselbegriffs“ im VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Über die Frage, warum Verantwortung notwendigerweise kollektiv sein muss und solidarische Handeln von Einzelnen dauerhaft nicht möglich ist, hat Autorin Kira Küster auch mit dem Philosophen und Solidaritätsforscher Robin Celikates gesprochen. Das Interview finden Sie in unserem Online-Magazin unter: www.diakonie-duesseldorf.de/solidaritaet

Ist das auch ein modernes Problem, weil wir heute viel mehr Krisen parallel wahrnehmen und berücksichtigen müssen?

Häufig ist die eine Krise noch gar nicht überwunden, da klopft schon die nächste an. Wir werden Zeugen unfassbar vieler Missstände. Daraus ergeben sich wahnsinnig viele Solidaritätsdilemmata für uns. Wenn wir ernsthaft das globale Klima schützen wollen, leiden bestimmte Gegenden in Deutschland dadurch vielleicht ökonomisch. Das ist eine große Herausforderung.

Menschenrechte sind universell, unsere Solidarität aber nicht. Ist Solidarität immer auch Ausgrenzung?

Solidarität ohne Grenzziehungen gibt es nicht. Wenn ich alle Menschen miteinschließe, gibt es zumindest eine Speziesgrenze. Und beispielsweise beim Thema Abtreibung ist es auch umstritten, wann das Menschsein beginnt, das Anspruch auf Solidarität hat. Selbst wenn wir uns im Prinzip einig wären, wer alles zu uns gehört und Solidarität verdient, ist praktische Solidarität trotzdem selektiv. Uns berühren nicht alle weltweiten Menschenrechtsverletzungen in gleicher Art und Weise. Deswegen ist es manchmal wichtig, universelle Menschenrechte auch gegen Solidargefühle durchzusetzen.

Kann Solidarität dennoch die Lösung für ein friedlicheres Zusammenleben sein?

Unbedingt. Ich glaube, es gibt gar keine Alternative dazu. Dazu müssen wir den Solidarkreis stetig erweitern und dagegen angehen, dass er eingeschränkt wird. Denn sobald jemand herausfällt, nimmt auch unsere Empathie ab. Solidarität entsteht auch aus gegenseitiger Abhängigkeit, da ist die Klimakrise ein gutes Beispiel. Wir sind als Gesellschaft darauf angewiesen, gemeinsam Probleme zu lösen. Dazu müssen wir uns klar machen, dass wir deutlich mehr vereint, als uns trennt.

Zusammen sind wir stark.

Als im Juli 2021 Wasserfluten das Ahrtal zerstörten, setzte unmittelbar darauf eine Welle der Solidarität ein. E-Mails, WhatsApp-Nachrichten und Telefonanrufe von Partnerkirchen aus aller Welt trafen bei der Evangelischen Kirche im Rheinland ein.

Ein Solidaritätsgruß ist mir unvergesslich: Aus dem Osten des Kongos kam eine Spende von umgerechnet 500 Euro bei uns an. Sicher ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein. Aber für mich war es die wertvollste Spende in diesen Wochen. Denn sie kam aus einem Landstrich des afrikanischen Kontinents, der in einer extrem schwierigen Lage ist: Rebellenüberfälle, Korruption, Naturkatastrophen und eine unvorstellbare Armut zerstören die Lebensgrundlage der Menschen. Und diese Menschen haben in den Gottesdiensten für die ferne deutsche Partnerkirche gesammelt. Selbstbewusst sagen sie: „Niemand ist so arm, dass er nichts geben kann. Niemand ist so reich, dass er nichts empfangen kann.“

Bei einem Besuch im Ost-Kongo überreichen mir diese Gemeindeglieder im Gottesdienst ein Bild mit dem Titel: „L'union fait la force“ – „Zusammen sind wir stark“. Auf dem Bild sind Menschen zu sehen, die gemeinsam ein typisches schlichtes Kirchengebäude der Region tragen. Wer die Gemeinde kennt, weiß, dass sie alle gezeichnet sind von der Not in ihrem Land: vertrieben, vergewaltigt, verletzt, verstört. Aber jede und jeder trägt

dazu bei, dass die Kirche gehalten wird. Diese Haltung ist der Reichtum dieser Gemeinde und der Menschen, die sich für ihren schwierigen Alltag Kraft in den Gottesdiensten holen. Sie, die so sehr auf Hilfe angewiesen sind, vertrauen darauf, dass sie selbst helfen können. Es kommt auf ihre Kraft an. Es gehört zur Würde des Menschen, zu empfangen – und zu geben.

Bei der Spende aus dem Ost-Kongo habe ich den biblischen Satz „Einer trage des anderen Last“ neu verstanden. Solidarität ist keine Einbahnstraße!



Barbara Rudolph, geboren 1958, war von 1986 bis 2001 Gemeindepfarrerin in Meerbeck im Kirchenkreis Moers. Vor ihrer Wahl zur Oberkirchenrätin für Ökumene der Evangelischen Kirche im Rheinland war sie Geschäftsführerin der Ökumenischen Centrale der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland (ACK). Die Theologin ist seit 2022 im Ruhestand.

Bild Geschenk der Communauté Baptiste au Centre de l'Afrique, CBCA im Kongo

Sprechstunde für Wohnungslose

Text Carolin Scholz Fotos David Ertl

Das gesetzliche Krankenversicherungssystem in Deutschland funktioniert nach dem Solidaritätsprinzip: Die Gesunden helfen den Kranken.

Doch was ist mit den Menschen, die auf der Straße leben und oft gar keine Krankenversicherung haben? Wir haben nachgefragt bei Klaus Bornemeyer und Werner Funkel, die wohnungslose Menschen ärztlich betreuen.

Dass zwei Ärzte vor einem stehen, ist auf den ersten Blick nicht erkennbar. Dr. Klaus Bornemeyer und Dr. Werner Funkel tragen keine weiße Kleidung und erst recht keinen Kittel. Das Einzige, woran man ihren Beruf und ihre Aufgabe an diesem Tag erkennen kann, ist die Tasche. Ein großer rot-gelber Rucksack, den man schon mal in der Hand eines Sanitäters oder einer Notärztin gesehen haben könnte. Dass die beiden nicht die typische Arzt-Kleidung tragen, ist eine bewusste Entscheidung. Denn auf die, für die sie hier sind, kann so ein formales Erscheinungsbild auch abschreckend wirken.

Das Shelter an der Liefergasse in der Düsseldorfer Altstadt ist den ganzen Tag geöffnet. Wohnungslose Menschen bekommen dort eine warme Mahlzeit, können duschen oder mit den Mitarbeitenden ins Gespräch kommen – wenn sie ein Problem haben, aber auch einfach so. Seit einiger Zeit gibt es außerdem einmal pro Woche die Arzt-Sprechstunde. Die ist Teil des Projekts gesund.zeit.raum, das seit 2016 verschiedene medi-

zinische, sozialarbeiterische und präventive Angebote zusammenbringt.

Klaus Bornemeyer ist seit 2020 dabei, vor etwas mehr als einem Jahr ist auch Werner Funkel dazugekommen. Beide sind Urologen und kennen sich schon seit vielen Jahren. Vor ihrem ehrenamtlichen Einsatz haben sie in ihren eigenen Praxen gearbeitet. Mittlerweile sind sie im Ruhestand und wollen die gewonnene Zeit für etwas Sinnvolles nutzen, wie sie sagen. Sie sind zwei von vier Ärzt*innen, die jede Woche zu verschiedenen Tagesstätten für Wohnungslose in Düsseldorf fahren und dort eine medizinische Erstversorgung übernehmen.

Notfalltopf für Rezepte

Der Raum, in dem die Sprechstunde stattfindet, ist eng. Ein Schreibtisch steht an einer Seite, an der anderen ein weiterer Tisch mit zwei Stühlen. Hier legen die beide Ärzte ihren Rucksack ab. Darin ist ein Grundstock an Material, das sie brauchen könnten: Verbandzeug, Antibiotika, Schmerztabletten. Vieles sind Musterpackungen.

Für spezielle Medikamente können die Ärzte Privatrezepte ausstellen, die aus dem Notfalltopf des Projekts bezahlt werden. Eine Verbesserung der Gesundheit könne Menschen eine neue Perspektive eröffnen, erklärt Kai Lingenfelder, Projektleiter von gesund.zeit.raum.

Wenn die Sprechstunde wie heute um 15 Uhr beginnt, haben sich meist schon Menschen angemeldet – die Sozialarbeiter*innen fragen vorher, ob jemand Bedarf hat. Im Durchschnitt sind es etwa zwei bis sieben pro Sprechstunde. Manche brauchen nur ein einzelnes Mal Unterstützung, andere kommen immer wieder.

Die Erkrankungen und medizinischen Probleme, die die Ärzte hier behandeln, lassen sich leicht zusammenfassen: alles, was mit Hygiene zu tun hat, mit Drogen- und Alkoholkonsum, mit Gewalt, aber auch der „jahreszeitliche Wahnsinn“, wie Werner Funkel es nennt, also Husten, Schnupfen, Heiserkeit. „Oft sind es Sachen, die wir im Praxisalltag lange nicht mehr gesehen haben“, sagt Klaus Bornemeyer. Befall mit Läusen und

Flöhen etwa oder Krätze. Immer wieder haben die Patient*innen auch offene Beine und Wunden, die lange nicht verheilen, weil Verbände nicht so oft gewechselt werden, wie es nötig wäre.

Die Scham ist groß

Häufig haben diese Menschen keine Krankenversicherung. Doch auch wenn sie versichert sind, ist ein Besuch in einer normalen Arztpraxis oft nicht einfach. Wer auf der Straße lebt, kann vor einem Arztbesuch nicht mal eben unter die Dusche springen und frische Sachen anziehen. Die Hemmschwelle, sich in das Wartezimmer einer Praxis zu setzen, ist hoch – und andere Dinge, wie die Suche nach einem Schlafplatz oder der nächsten Mahlzeit sind oft wichtiger.

Neben den alltäglichen, kleineren medizinischen Fragen stehen die Ärzte immer wieder auch vor größeren Herausforderungen: ein gebrochener Arm, ein Nierenstein oder eine Krebserkrankung. Wenn Menschen, die zur Sprechstunde in den Tagesstätten kommen, eine Behandlung von Spezialist*innen, im Krankenhaus oder sogar eine Operation brauchen, leisten die Ärzte doppelte Überzeugungsarbeit. Sie rufen ehemalige Kolleg*innen an für einen Termin auch ohne Krankenkassenkarte oder für ein gutes Wort bei der Verwaltung der Krankenhäuser in der Umgebung. „Unsere Kontakte sind da oft wichtig“, sagt Klaus Bornemeyer. Trotzdem: Bei schwierigen Fällen sind die Ehrenamtlichen und Sozialpädagog*innen der Einrichtungen immer im Austausch miteinander. „Wir besprechen das und suchen auch gemeinsam nach Lösungen“, sagt Kai Lingenfelder.

Die Behandlung von Menschen ohne Versicherung ist immer eine Frage des Geldes. In einer niedergelassenen Praxis ist das einfacher, der Arzt oder die Ärztin kann dort selbst entscheiden, ob

Durch das Projekt gesund.zeit.raum erhalten wohnungslose und armutsgefährdete Menschen Angebote zur Förderung von Gesundheit und Teilhabe. Das Projekt wird durch das forschende Pharmaunternehmen Janssen (Pharmaceutical Companies of Johnson & Johnson) finanziert. Zu Jahresbeginn hat das Unternehmen seine Förderung der Diakonie Düsseldorf um weitere drei Jahre verlängert. Janssen unterstützt die Diakonie im Rahmen des Projekts gesund.zeit.raum bereits seit 2016 nicht nur finanziell, sondern auch mit persönlichem Einsatz der Mitarbeitenden in sogenannten Corporate-Volunteering-Aktionen.



er oder sie eine Untersuchung macht. In einer Klinik muss immer die Verwaltung überzeugt werden. Nicht nur eine Operation selbst kostet Geld: „Da kann ein Chirurg sagen, er macht die OP auch so“, sagt Werner Funkel. Aber damit ist es eben nicht getan. Material, wie Verbände, Infusionen, Medikamente, kosten Geld, auch das Bett, der Aufenthalt an sich also. Es kann dauern, bis sich eine Klinik findet, die das auf sich nimmt. Die Enttäuschung darüber, hört man aus den Erzählungen von Klaus Bornemeyer. „Es sollte doch selbstverständlich sein, zu helfen.“

Wenn sich ein Krankenhaus bereit erklärt, einen Menschen ohne Versicherung zu behandeln, beginnt der zweite Teil der Überzeugungsarbeit: beim Patienten oder der Patientin. Wenn die Hürde, in eine Praxis zu gehen, schon hoch ist, ist die für eine Krankenhausbehandlung nochmal ein ganzes Stück höher.

Keine Krankenakten

Heute ist ein junger Mann in der Sprechstunde. Er hat einen Ausschlag am linken Arm und ist nicht zum ersten Mal da. Wie alle anderen möchte er anonym bleiben. „Es ist nicht so einfach, wenn man auf der Straße lebt“, sagt er. Er wirkt, als wäre es ihm wichtig, dass man ihm seine Lebenssituation nicht ansieht. Die Ärzte führen hier keine Krankenakten, schreiben nicht auf, wer wann und wie oft hier war – oder wer dann nicht mehr gekommen ist.

Werner Funkel untersucht den Arm des Patienten, tastet den Lymphknoten. Offenbar ist es seit dem letzten Mal besser geworden. Später erzählt Klaus Bornemeyer, der Patient habe eine Blutvergiftung gehabt, ihm sei wohl irgendwann eine Metallplatte in den Arm eingesetzt worden, mit der es Probleme gegeben habe. Er habe ihm auch einen Termin beim



Hautarzt besorgt, doch den habe er schlussendlich nicht wahrgenommen.

Auch damit müssen die Ärzte sich abfinden – dass ihr Einsatz immer wieder mal ins Leere läuft. Viele der Menschen, die zu ihnen kommen, haben auch psychische Erkrankungen. Manchen fehlt das Bewusstsein dafür, wie wichtig ein Termin beim Arzt für sie wäre, bei anderen wird die Angst und die Hemmung am Ende doch zu groß. Ein ganz wichtiger Teil der Arbeit, die Bornemeyer und Funkel leisten, ist deshalb auch, Vertrauen aufzubauen. Ziel ist es auf lange Sicht, dass die Menschen über die niedrige Schwelle der Sprechstunde in der Tagesstätte Vertrauen fassen und später auch wieder die normale Versorgung nutzen. „Helfen hat hier immer auch viel mit Zuhören zu tun. Das ist in einer normalen Praxis oft nicht in dem gleichen Rahmen möglich wie hier“, sagt Kai Lingenfelder.

Die Sprechstunde ist also immer ein Zusammenspiel von Sozialarbeit und Medizin. Patient*innen, die öfter kommen, erzählen auch irgendwann mehr von ihrer Situation und davon, wie sie an dieser Stelle in ihrem Leben gelandet sind. Immer wieder sind da auch Geschichten dabei, die im Kopf bleiben. Die vom früheren talentierten Immendorff-Meisterschüler etwa oder von der ehemaligen Kinderchirurgin, denen die beiden Ärzte bei ihrer Sprechstunde für wohnungslose Menschen begegnet sind.

Der Kontakt reißt meist irgendwann ab „Wenn Menschen schon einmal etwas erreicht hatten und ihr Leben dann aus den Fugen gerät, das beschäftigt besonders“, sagt Klaus Bornemeyer. Auch weil der Kontakt meist irgendwann abreißt. Wenn die Menschen plötzlich nicht mehr zur Sprechstunde kommen, ist oftmals nicht in Erfahrung zu bringen, wie es

mit ihnen weitergegangen ist. Auch darüber sind Ärzte und Sozialpädagogen immer wieder im Austausch.

Eine gewisse emotionale Distanz zu halten, das kennen die Ärzte aus ihrer langjährigen Berufserfahrung bereits. Dass man nur bis zu einem gewissen Grad helfen kann oder akzeptieren muss, wenn jemand Hilfe oder Ratschläge nicht annimmt, damit muss man auch im Praxisalltag leben. „Nach 40 Jahren im Beruf bin ich davon nicht emotional gestresst“, sagt Werner Funkel, „aber ich komme nach der Sprechstunde geerdet nach Hause und weiß zu schätzen, in welcher Situation ich selbst bin.“

Das verbindende Element

Text Fons Hickmann Fotos David Ertl

Die Welt des Fußballs ist eine Parallelwelt, eine Sonderwelt oder eine Pluswelt, in der manches idealer erscheint als in unserer Alltagswelt. Beim Fußballspielen treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft und sozialer Hintergründe aufeinander. Es gibt eine Verabredung zum Spiel und Regeln, denn nur im Konsens ist Spielen möglich – und das kann befreiend sein.

Der Fotograf David Ertl hat sich dieses Themas insbesondere im Kontext sozialer Fotografie angenommen. Für ihn bedeutet das, zwischenmenschliche und soziale Beziehungen zu beobachten, sei es im Miteinander oder im Bezug zur Natur oder der urbanen Lebenswelt.

Seit 20 Jahren widmet sich Ertl dem Fotografieren von Kindern beim Fußballspiel, und das oft an ungewöhnlichen Orten. Für ihn sind seine Projekte „Mensch im Raum“ und

„Fußballer“ eine fortlaufende Reise des Erweiterns und Entdeckens neuer Beziehungen. Obwohl er selbst kein großer Fußballfan ist, fasziniert ihn die ehrliche Freude und Gemeinschaft, die die Kinder beim Spiel erleben. Trotz unterschiedlicher Hintergründe teilen sie diese unbeschwerte Leidenschaft.

In Ertls Fotografien wird das verbindende Element des Fußballs, das Vorurteile überwindet, sichtbar. Ob barfuß in Vietnam oder in einer wohlhabenden mitteleuropäischen Gesellschaft: Die Kinder strahlen dieselbe Freude aus. Doch in einigen Bildern zeigen sich auch Brüche, wenn der Ernst des Erwachsenwerdens Einzug hält oder wenn Armut deutlich sichtbar wird. Diese Serie reflektiert nicht nur die Freude am Spiel, sondern auch die realen Herausforderungen und Veränderungen im Leben von Kindern.

Die Fotografie ist für Ertl kein Mittel, um die Welt abzubilden, sondern, um Dinge darzustellen, die ihn persönlich bewegen und beschäftigen. Sie erzählt nicht zwangsläufig die Wahrheit, vielmehr bietet sie verschiedene Perspektiven und Interpretationen an. Trotzdem kann sie helfen, die Welt besser zu verstehen, und sie ermöglicht es, die Verbindungen zwischen Menschen und ihren gemeinsamen Wurzeln zu erkennen.

Ein Gedanke, den Ertl zu seinen Bildern notierte, hat mich bewegt: „Ich stelle mir vor, was aus den Kindern geworden ist, die da so fröhlich zusammenstehen mit der Weltkugel als Fußball. Sind sie jetzt etwa Soldaten, die gegen andere Menschen kämpfen?“

Ich hoffe, sie erinnern sich an das gemeinsame Spiel und daran, dass es uns alle verbindet.



Wie viel Sozialstaat brauchen wir?

Laut Grundgesetz muss kein Mensch in Deutschland mit einem Einkommen unterhalb des menschenwürdigen Existenzminimums leben. Doch ist das wirklich so – und müsste der Staat nicht mehr leisten, um Armut zu bekämpfen? Oder ist unser Anspruch einfach nur zu groß? Darüber diskutieren VdK-Präsidentin Verena Bentele und der Ökonom Bernd Raffelhüschen im Streitgespräch.

Gespräch Christoph Wand

Frau Bentele, Herr Raffelhüschen, welche Bedeutung hat die Solidarität noch in unserer Gesellschaft?

Bentele Solidarität ist wichtig, wir müssen aber erklären, was wir damit meinen. Ich meine damit, dass sich eine Gesellschaft gegenseitig stützt und unterstützt. Dass die Menschen, die mehr Einkommen haben und Steuern zahlen, mehr tun sollten für eine Gemeinschaft als die, die dazu weniger beitragen können, weil sie zum Beispiel geringere Löhne haben oder nicht arbeiten können. Als Akt der Solidarität finde ich die Tax-me-now-Bewegung spannend. Reiche Menschen, die sagen: Der Staat müsste uns eigentlich mit dem Reichtum und Vermögen, das wir haben, höher besteuern. Das finde ich einen wahnsinnig spannenden, solidarischen Akt.

Raffelhüschen Ich halte von dem Begriff Solidarität gar nichts. Für mich ist das ein inhaltsleerer Gummibegriff. Solidarität ist nicht messbar. Und was nicht messbar ist, darüber muss man nicht reden. Worum geht es denn? Es geht immer darum, dass wir überdurchschnittlich Leistungsfähige haben, die mehr zahlen und mehr herangezogen werden und unterdurchschnittlich Leistungsfähige damit quersubventionieren. Das ist das Sozialstaatsprinzip. Und das ist messbar. Und darüber dürfen wir gerne reden.

Dann lassen Sie uns über den Sozialstaat reden: Ist der denn auf dem richtigen Weg?

Raffelhüschen Zum Sozialstaat gehört eine Umverteilung. Das Problem, das wir gerade haben: Diese Umverteilung

ist so groß, wie sie noch nie war. Wir haben noch nie so viel Sozialstaat gehabt wie heute.

Bentele Aber die Schere geht auseinander. Die Zahl derer, die extrem reich sind in Deutschland, steigt, genauso wie die Zahl derer, die extrem arm sind. Und die Ausgleichsfunktion des Staates reicht hier noch nicht aus. Sie ist sicherlich nicht gering, aber sie reicht definitiv nicht aus.

Was sollte man also tun?

Bentele Zum Beispiel hohe Vermögen, große Erbschaften stärker besteuern, um einen Ausgleich zu schaffen, um mehr Geld in die Rente, um mehr Geld in die Bildung von Kindern und Jugendlichen zu investieren – und bei den Ausgaben zielgenauer werden, damit das

Geld genau bei denen ankommt, die es brauchen.

Raffelhüschen Ich glaube, dass wir nicht nur noch nie so viel Sozialstaat gehabt haben wie jetzt, sondern dass auch das Anspruchsverhalten gegenüber dem Sozialstaat noch nie so groß war. Für unsere Eltern war von der Knete der anderen zu leben etwas sehr, sehr Ehrenrühriges. Ich glaube, dass die soziale

Es geht nicht um Luxus. Wir sehen zum Beispiel, dass der Gesundheitszustand von Menschen mit sehr wenig Geld schlechter ist als der von Menschen mit mehr Geld.

Verena Bentele

Missbilligung inzwischen fehlt. Es stört keinen mehr, von Bürgergeld zu leben und dann nebenbei ein bisschen schwarz zu arbeiten. Das ist in vielen Kreisen der Gesellschaft inzwischen ein Lebenskonzept.

Sie meinen wirklich, die Menschen ruhen sich auf dem Sozialstaat aus?

Raffelhüschen Ich meine, dass jeder Mensch was kann. Jetzt gibt es manche, die können mit dem, was sie können, nicht das Existenzminimum erreichen. Dann machen wir den Rest als Gemeinschaft und stocken das aufs Existenzminimum auf. Ich habe nie verstanden, warum „Aufstocker“ so negativ gesehen werden. Es sollte im Gegenteil

ganz normal dazugehören. Und wenn es nur ein Minijob ist: Wer sich bemüht, sich selbst zu helfen, der kriegt was obendrauf. Aber wer das nicht tut, bekommt halt Gutscheine statt Geldleistungen. Wir müssen gewisse Zwangselemente haben. Das war der Gedanke hinter der Agenda 2010 und dem Begriff „Fördern und Fordern“. Ich halte das nach wie vor für richtig.

Bentele „Fördern und Fordern“ ist tatsächlich wichtig. Da sind wir gar nicht so weit auseinander. Aber dann müssen wir die Menschen auch befähigen, in Arbeit zu kommen und in Arbeit zu bleiben. Schon heute erreichen viele das Rentenregelalter überhaupt nicht, weil sie aufgrund von körperlichen oder psychischen Beeinträchtigungen nicht so lange arbeiten können. Wir diskutieren über Reformen, wie Sie sie vorschlagen – doch das funktioniert in einem wissenschaftstheoretischen Modell besser als in der Realität. Es gibt so viele Alleinerziehende in Deutschland, die nur Teilzeit arbeiten können, weil sie noch Kinder betreuen oder Angehörige pflegen.

Raffelhüschen Wir haben ein massives Anreizproblem. Eine Familie mit zwei Kindern hat einen Sozialhilfeanspruch mit allem Drum und Dran. Den kann kein Mensch, der etwas unterdurchschnittlich leistungsfähig ist, sich selbst verdienen. Also müssen wir dort mit Aufstockung leben. Aber im aktuellen System kriege ich das Geld, auch ohne zu arbeiten. Dann werde ich einen Teufel tun und so einen Job annehmen, denn ich kriege die Kohle ja auch so. Und das ist etwas, was Sie und ich genauso tun würden an deren Stelle. Dazu kommt: Die heutigen Armen in Deutschland sind die reichsten Armen, die wir jemals in diesem Land gehabt haben. Sie können sich von dem, was sie bekommen, Güter kaufen, von dem der Mittelstand in den 70er-Jahren nur geträumt hat.

Bentele Da muss ich widersprechen. Es geht nicht um Luxus. Wir sehen zum Beispiel, dass der Gesundheitszustand von Menschen mit sehr wenig Geld schlechter ist als der von Menschen mit mehr Geld. Besserverdienende haben im Schnitt eine vier Jahre längere Lebenserwartung als arme Menschen. Und die Bildungschancen sind auch schlechter. Bei all diesen Dingen hat der Staat natürlich die Aufgabe, die

Die heutigen Armen in Deutschland sind die reichsten Armen, die wir jemals in diesem Land gehabt haben.

Bernd Raffelhüschen

Menschen zu unterstützen. Damit sie die in der Verfassung garantierten Lebensbedingungen, die gleichwertig sein müssen, auch eingelöst bekommen.

Raffelhüschen Die Lebenserwartung von Besserverdienern ist nicht höher als die von Niedrigverdienern, sondern die Kausalität ist die Bildung. Der gebildete Mensch lebt länger als der ungebildete. Es lebt nicht der reiche Mensch länger als der arme. Tatsächlich ist es natürlich so, dass der höher Gebildete auch die höheren Einkommenschancen hat. Aber der ungebildete Reiche lebt kürzer als der gebildete Arme.

Bentele In Ihrem Leben ist das ganze Leben der Menschen eine Statistik. So

einfach ist es nun mal leider nicht für die Menschen.

Raffelhüschen Und ich rede nicht in Worthülsen, sondern ich rede über Mathematik.

Bentele Ich rede über Menschen. Das ist ein gravierender Unterschied.

Auch wenn Sie sehr unterschiedliche Ansätze haben: Sie beide sehen eine Menge Handlungsbedarf, was den Sozialstaat betrifft. Vielleicht mal ganz einfach gefragt: Kriegen wir das hin?

Raffelhüschen Ich gehöre nicht zu denen, die immer schwarzmalen. Aber wir müssen was tun. So alt, wie wir im Durchschnitt heute sind, waren wir noch nie. Und in zehn Jahren werden wir noch älter sein. Wir müssen den Leuten sagen, sie müssen deutlich länger arbeiten. Sie müssen produktiver arbeiten. Wir müssen die Frauenerwerbsquote noch mehr steigern. Wir müssen aktivieren, was wir können. Wenn wir das alles schaffen, dann haben wir in zehn Jahren ein besseres Deutschland. Wenn wir das nicht machen, dann werden viele Menschen mit guter Ausbildung unser Land verlassen.



Verena Bentele ist seit 2018 Präsidentin des größten deutschen Sozialverbands VdK. Sie setzt sich unter anderem für gute Bildungschancen und für ein Bürgergeld ein, das die Existenz der Menschen sichert, die aus unterschiedlichen Gründen nicht arbeiten können oder nicht genug verdienen, um davon zu leben.



Bernd Raffelhüschen ist seit 1995 Professor für Finanzwissenschaft an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Er tritt für Kürzungen bei den Sozialausgaben ein und hat unter anderem geringere Anhebungen des Bürgergeldes und eine Nullrunde bei der Rentenerhöhung und den Pensionen angeregt.

Bentele Ich glaube schon, dass wir es hinkriegen. Wir müssen sicherlich einiges tun, etwa was die Bildung und Qualifikation von Menschen angeht. Und ich glaube auch daran, dass wir durch eine intelligente Besteuerung, zum Beispiel auch von Kapitalerträgen, von digital erwirtschafteten Wertschöpfungen, einen guten Ausgleich schaffen können. Damit wir den guten Sozialstaat aufrechterhalten oder sogar ausbauen und Menschen fördern können, wo dies nötig ist. Also, ja, wir kriegen das hin. Ich glaube nicht an den Weltuntergang.

Ellbogen statt Solidarität?

Ein Gastbeitrag von Manni Breuckmann

Es ist allgemein bekannt, dass ich als langjähriger Fußballreporter die Welt ausschließlich in Fußball-Kategorien begreifen kann. Größere Flächen müssen mir anhand von Fußballfeldern erklärt werden, Zeitvorgaben werden mit der Länge von Fußballspielen verglichen. Und wenn ich mal irgendwo eingeladen bin, gibt es selbstverständlich Currywurst, weil die Gastgeber glauben, dass ich mich ausschließlich von Bratwurst und Soße aus'm Eimer ernähre.

Natürlich fällt mir zum Thema Solidarität auch als Erstes ein Beispiel aus dem Fußball ein, mit einer positiven und einer negativen Seite. Der Verein, der mir nahesteht, heißt Schalke 04. Schalke krebst in dieser Saison im unteren Drittel der 2. Bundesliga herum. Die Fans unterstützen den Club im Stadion, bei jedem Spiel sind 60.000 vor Ort, das ist vorbildlich und solidarisch. Aber im Internet kloppen sie sich wie die Kesselflicker zu der Frage, wer der Schuldige an der Misere ist. Absolut unsolidarisch.

Wir leben in Zeiten des großgeschriebenen ICH

Nun ist Fußball nicht unbedingt der typische Ort, an dem die Solidarität überlebenswichtig sein kann. Da gibt es andere bedeutende Bereiche. Als Kind des Ruhrgebiets denke ich zum Beispiel an die Solidarität der Bergbau-Kumpels; unter Tage konnte (und musste) sich jeder auf den anderen verlassen. Denn es war eine gefährliche Arbeit, bei der schon so mancher durch den Einsatz seiner Kollegen überlebt hat.

Ohnehin ist die Solidarität in der Arbeitswelt ein wichtiges Mittel, um Forderungen nach mehr Lohn und Verbesserung der Arbeitsbedingungen durchzusetzen. Aber wir leben in den Zeiten des ganz groß geschriebenen ICH.

Der Zusammenschluss mit anderen zur Durchsetzung gemeinsamer Ziele ist nicht mehr der Normalfall. Viele verlassen sich nur auf sich selbst und auf ihren brachial eingesetzten Ellbogen. Eine Partei wie die FDP nennt das sehr feinsinnig „Eigenverantwortung“. In der Arbeitswelt wird das dann gerne noch durch die Behauptung ergänzt, dass wir doch letztlich alle in einem Boot säßen und daher „Sozialpartner“ seien.

Gott sei Dank sitzen die Schwachen in unserer Gesellschaft nicht ganz auf dem Trockenen. Unsere Sozialsysteme sind vorbildlich, und es gibt es noch genug Beispiele für Solidarität als Akt der Unterstützung für die Schwächeren. Wie in diesem Heft nachgelesen werden kann.

Ich bin allerdings fest davon überzeugt, dass Solidarität und Barmherzigkeit keine Grundeigenschaften des Menschen sind. Sie müssen ihm durch Erziehung, durch Leitbilder und durch gute Beispiele nähergebracht werden. Das ist eine wichtige Aufgabe für die Kirchen in ihrer Rolle als Werte-Vermittlerinnen. Dafür schätze ich sie sehr.

Leider sind beide Kirchen in der Vergangenheit durch eine abartige Interpretation von Solidarität aufgefallen, indem sie nämlich Sexualstraf-täter in ihren Reihen vor Verfolgung schützten. Das war ein schwerer

Sündenfall, der unermesslich viel Vertrauen und Glaubwürdigkeit gekostet hat. Es wird dauern, bis die christlichen Kirchen diese Schatten loswerden und sich wieder unbelastet der Förderung von Solidarität und Nächstenliebe widmen können.



Manni Breuckmann wurde 1951 in Datteln geboren. Er hat Rechtswissenschaft in Bochum und Marburg studiert. Damals begann er nebenbei im Radio Fußballspiele zu kommentieren. Seine erste Übertragung war das Regionalligaspiel Wattenscheid gegen Neuss am 7. Mai 1972.

Drei Fragen an ...

... Tanja Peters, Leiterin der Heilpädagogischen Tagesgruppen der Diakonie Düsseldorf

Liebe Frau Peters, was ist Ihre Erfahrung, sind Kinder von Natur aus solidarisch?

Die Forschung sagt, dass Kinder schon im Babyalter Reaktionen zeigen, die belegen, dass sie Emotionen nachvollziehen können. Mit eineinhalb bis zwei Jahren können sie dann schon offen Mitgefühl zeigen, ab etwa vier Jahren verstehen sie dann richtig, was da passiert. Das ist die Grundlage.

Sie haben mit Kindern zu tun, die sie heilpädagogisch fördern. Fördern Sie auch Empathie? Kann man Empathie überhaupt fördern?


Ja, natürlich, das ist sogar ganz wichtig. Zum Beispiel indem man bei den Kindern die Gefühle zurückspiegelt. Wenn man Ihnen dann zum Beispiel sagt: „Aha, du fühlst dich also gerade so“, dann lernen sie die Worte für die Gefühle. Empathie braucht aber auch Vorbilder. Zu uns kommen oft Kinder, die ganz viel schlechte Erfahrungen gemacht haben, aber auch die können Empathie nachlernen. Arbeiten mit Gefühlen gehört ganz wesentlich zu unserer Arbeit dazu. Ein Beispiel: Wenn Kinder zu uns kommen, sollen sie sich erst einmal selbst auf einer Gefühlsskala einschätzen. Nach und nach lernen sie dann, ihre Gefühle zu benennen. Und in einem zweiten Schritt dann auch die der anderen.

Damit sind sie aber noch nicht im Handeln, oder?

Das ist dann ein weiterer Schritt. Wenn man Gefühle spürt und sie bei sich und beim Gegenüber einordnen kann, dann ist das selbstlose Handeln ein dritter Schritt. Dass man zum Beispiel jemandem über die Straße hilft, auch wenn man selbst erst einmal nichts davon hat. Für uns gehört zur Solidarität aber auch, andere so sein zu lassen, wie sie sind. Zu lernen und zu akzeptieren, dass andere Menschen anders sind, anders denken und fühlen und andere Dinge brauchen als ich selbst – das ist ein ganz wichtiger Schritt, um in einer Gemeinschaft zu leben. Und darauf bereiten wir unsere Kinder und Jugendlichen vor.

Ein Hof als Gemeinschaftsprojekt

Text Marc Latsch Fotos Jana Bauch

A photograph showing a group of about seven people standing in a grassy field in front of a large wooden barn. In the foreground, the legs of a cow are visible, partially obscuring the view. The scene is set in a rural, mountainous area with trees and a clear sky.

Auf Hof Vorberg in Velbert versorgen vier Pächter*innen 200 Mitglieder mit Obst, Gemüse, Eiern und Milchprodukten. Sie sind extra ins Bergische Land gezogen, um dort eine Solidarische Landwirtschaft aufzubauen.

Die Solidarität erstreckt sich in Velbert auf beide Seiten einer wenig befahrenen Landstraße. Auf der einen als Felder, Wiesen und Wald, auf der anderen als Bauernhof mit Ställen, Gewächshaus, Käserei und einem großen Haus im Fachwerkstil. Davor nimmt eine Frau in roter Cordjacke und weiten Blue-Jeans ihre Besucher*innen in Empfang. Miriam Wegerer ist eine von vier Pächter*innen des Hofes Vorberg. Gemeinsam leben und arbeiten sie hier.

Der Hof Vorberg ist eine Solidarische Landwirtschaft. In Deutschland gibt es Hunderte Höfe, Gärtnereien oder private Gruppen, die nach dem Solidarprinzip Ackerbau und Tierhaltung betreiben. Die genauen Konzepte unterscheiden sich von Ort zu Ort, haben aber alle eins gemeinsam: In ihnen schaffen Menschen einen eigenen Wirtschaftskreislauf, den sie selbst organisieren und finanzieren.

Einen Schuhwechsel später steht Wegerer in der Käserei des Hofes. Dort wartet Mitpächterin Miriam Ballhaus auf sie, die ein rotes Tuch um die Haare und ein blaues Oberteil voller weißer Flecken trägt. Ballhaus stellt aus der hofeigenen Milch rund 15 Käsesorten her. „Wir wollen die Leute nicht langweilen“, sagt sie und lacht. In einer Solidarischen Landwirtschaft sei Vielfalt ein Vorteil. Anders als in konventionellen Betrieben, die sich meist auf ein Produkt konzentrieren.

Schwer überzeugt vom System

In Velbert versorgen Wegerer, Ballhaus und ihre zwei Mitstreiter*innen derzeit 200 Mitglieder. Die haben sich, je nach Wunschmodell, für eine wöchentliche Ration an Gemüse oder Eiern und Milchprodukten entschieden. Auch Obst bietet der Hof über dieses System an, das muss allerdings selbst gepflückt werden. Die Mitglieder zahlen dafür einen monatlichen Betrag, der nach dem Solidaritätsprinzip festgelegt wird. Einmal im Jahr treffen sie sich zu einer

Bieterrunde. Die Hofbetreiber*innen legen ihr Budget offen und dann wird so lange geboten, bis genug Geld zusammenkommt. „Nach zwei Runden funktioniert das eigentlich immer“, sagt Wegerer.

Wer mitmachen will, muss sich bewerben

Die vier Pächter*innen kennen sich noch aus Studienzeiten in Witzenhausen, einem Außenstandort der Universität Kassel für Ökologischen Landbau. Dort konnte Wegerer sich bereits in einem Solidarischen Landwirtschaftsprojekt ausprobieren. „Ich bin schwer überzeugt von dem System“, sagt sie. Es sei ein schönes Gefühl, Woche für Woche eine Gruppe zu versorgen, ergänzt Ballhaus.

Auf dem Weg von der Käserei zum Kuhstall geht es um die vielfältigen Arten, wie Solidarität in ihrem Konzept gelebt wird. Um die Solidarität der Mitglieder ihnen gegenüber, wenn sie wetterbedingte Ernteschwankungen mittragen. Und die Solidarität untereinander, wenn manche mehr leisten und mehr zahlen können als andere. Eigentlich sei es auch ein Beitrag für diejenigen, die gar nicht bei ihnen mitmachen, sagt Wegerer irgendwann. „Mit all dem, was unsere nachhaltige Landwirtschaft mit sich bringt, sind wir auch der Gesellschaft und der Natur gegenüber solidarisch.“

Wer sich in Velbert beteiligen möchte, muss sich bewerben, bezahlen, sonst aber nicht viel tun. Das unterscheidet den Hof von anderen, deutlich mitmachorientierteren Konzepten. Es gibt allerdings genügend Möglichkeiten für diejenigen, die sich dennoch einbringen möchten. Die acht Verteilstellen in der Region werden von den Mitgliedern selbst organisiert, es gibt wöchentliche Unterstützungsmöglichkeiten und besondere Aktionstage.

Was mit dieser Hilfe möglich ist, lässt sich am Kuhstall erkennen, in

dem Wegerer nun steht. Hinter ihr stapelt sich frisches Heu, rechts neben ihr liegen Kälbchen in der Ecke. „Das war ein Riesenprojekt“, sagt sie. Der Stall ist brandneu, beim Abriss und Neuaufbau haben viele Mitglieder geholfen. „Wir wollen zwar klein und bäuerlich sein, aber auch ein bisschen modernisieren.“

Der Hof, den Wegerer und ihre Mitstreiter*innen seit 2017 bewirtschaften, gehört seit über 30 Jahren einem gemeinnützigen Verein. Als der vorherige Pächter starb, suchte Wegerer mit ihrem Partner Benjamin Todtmann gerade überall in Deutschland nach einem passenden Hof. Spontan kontaktierten sie die alten Studienfreundinnen. Gemeinsam entschieden drei süddeutsche Frauen und ein Hamburger Mann, in das ihnen unbekannte Bergische Land zu ziehen. „Manche würde es Kommune nennen, ich nicht“, sagt Wegerer und lacht.

Karge Winter mit viel Kohlgemüse

Direkt neben dem Wohnhaus der Pächter*innen liegt der Schweinestall, um den sich Todtmann kümmert. Auf dem Hof wird auch geschlachtet, das Fleisch jedoch nicht über die Solidarische Landwirtschaft verteilt. Es gibt Hühner und einen großen Teich, den sie nach den ersten trockenen Sommern über eine Crowdfunding-Aktion finanziert haben. Während Wegerer über den Hof führt, deutet sich der Frühling gerade erst vorsichtig an. Es ist warm und sonnig, aber die großen Ernteerträge gibt es noch nicht. An die kargen Winter und das viele Kohlgemüse muss sich manches Neumitglied erst gewöhnen. „Tomaten könnten wir das ganze Jahr über mehr loswerden“, sagt Wegerer. Aber so funktioniert nachhaltige Landwirtschaft eben nicht.

Alle Pächter*innen haben im Alltag ihre festen Aufgaben und werden dabei von Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden unterstützt,





die in Bauwagen auf dem Hof leben. Das Gelände ist weitläufig, wäre mit seinen 35 Hektar jedoch zu klein, um als konventioneller Hof rentabel zu sein. Durch die Solidarische Landwirtschaft und den zusätzlichen Verkauf trägt sich der Betrieb. Stiftungen finanzieren das Bildungsangebot, bei dem beispielsweise Schulklassen etwas über Landwirtschaft lernen können.

Eine Show zum Frühling

Auf der anderen Seite der Landstraße hält Carolin Hertler, die vierte Pächter*in, eine Kettensäge in der Hand und zerkleinert Äste. Drei junge Frauen helfen ihr dabei. Schon auf dem restlichen Hof waren bis auf Benjamin Todtmann ausschließlich weibliche Pächterinnen, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende bei der Arbeit zu sehen. „Das ist nicht bewusst so“, sagt Hertler. An einen Zufall glaubt sie aber auch nicht. Viele junge Frauen

würden sich deshalb für ihren Betrieb entscheiden, weil er schon so weiblich geprägt ist. Sie hätten keine Lust auf die in der Landwirtschaft nach wie vor weit verbreiteten patriarchalen Strukturen.

Von den konventionellen Landwirt*innen, die im Frühjahr gegen die Bundesregierung auf die Straße gingen, trennt Wegerer einiges. Doch auch wenn sie sich an diesem Protest niemals beteiligt hätte, teilt sie deren Ärger über ein System, in dem vielfältige Kleinbetriebe kaum überleben können. Alternative Konzepte wie die Solidarische Landwirtschaft und immer größere monokulturelle Betriebe seien zwei Arten, mit demselben Problem umzugehen. „Inhaltlich kann ich die Nöte verstehen“, sagt Wegerer.

Doch dieser Frühlingsmorgen endet nicht mit Sorgen, sondern mit natürlicher Freude. Für die Kühe auf Hof Vorberg ist es nämlich ein besonderer Tag. Sie werden zum ersten Mal in diesem Jahr auf die Weide gelassen und bedanken sich mit Freudenstößen und Grasbüschelwürfen. Am Rand stehen die Pächter*innen und verfolgen die Show. Schon beim Besuch in der Käserei hatte Maria Ballhaus für den Termin geworben. „Das lohnt sich“, hatte sie mit einem Lächeln im Gesicht gesagt.

Mehr Informationen zum Hof unter: www.hofvorberg.de

Gehen, um als andere wiederzukommen

Text Karl Grünberg Fotos privat



Malin ist als Freiwillige für ein Jahr nach Georgien gegangen: ein Jahr der Veränderungen, in dem es nicht ums „Helfen“, sondern um Solidarität ging.

Malin staunt immer noch – über sich und was für eine Entwicklung sie in diesem einen Jahr gemacht hat. Von September 2022 bis September 2023 war sie für einen Freiwilligendienst im fernen Tiflis, der Hauptstadt von Georgien. Am Anfang war alles neu und aufregend: die Menschen, die Gerüche, die Sprache und wie sie von einem Ort zum nächsten kommt. Auch in ihrem Projekt musste sie erst ankommen. „Ich war aus der Schule noch sehr gewohnt, dass eine Autoritätsperson mir sagt, was ich machen soll und welche Erwartungen ich zu erfüllen habe“, sagt die 21-Jährige. Und auf einmal hatte sie Verantwortung. „Ich sollte selbst überlegen und entscheiden, was ich als Nächstes machen möchte.“ Das war erst herausfordernd, aber dann richtig gut. Malin hatte sich ein Bildungsprojekt ausgesucht, in dem sie sich für Kinder, Jugendliche und jungen Erwachsene Seminare und Workshops überlegen und dann gleich umsetzen konnte.

Herausforderung Ausland

Tausende Menschen, zumeist nachdem Abitur, entscheiden sich für einen Freiwilligendienst im Ausland. Malin Höppner war mit der Organisation „Europäischer Solidaritätskorps“ in Georgien. Eine andere Sprache lernen, praktische Erfahrungen sammeln, den Horizont erweitern, anderen Menschen helfen, nach der Schule nicht gleich mit dem Studium starten – all das sind Motivationen, sich auf diese Herausforderung einzulassen. Für Malin ging es noch um etwas anderes. „Ich wollte nicht als die Helferin ins Ausland gehen, das ist für uns Europäer und angesichts unserer Kolonialgeschichte sowieso problematisch. Ich bin nach Georgien gegangen, um zu lernen und um meine Erfahrungen zurückzugeben.“

Ihr Projekt in Tiflis hat ein Büro und außerdem noch ein eigenes Jugendzentrum, das die Kinder und Jugendlichen nach der Schule besuchen. Oder aber Malin und ihre Kollegen fuhren durch das Land, um ihre Workshops in die ärmeren Gegenden zu bringen. Zuerst schaute Malin bei den Kollegen zu. Wie leitet man Jugendliche an? Wie bringt man sie dazu, sich zu öffnen?

Ich wollte nicht als die Helferin ins Ausland gehen. Ich bin nach Georgien gegangen, um zu lernen und um meine Erfahrungen zurückzugeben.

Welche Spiele kann man spielen, um sie zu motivieren? Wie verpackt man Inhalte so, dass es nicht langweilig wird?

Dann traute sich Malin selbst, hatte eigene Ideen und legte los – zum Beispiel mit einem Theaterworkshop. Am Anfang waren viele der Jugendlichen sehr schüchtern, mit Malin auf Englisch zu reden. Nach ein paar Aufwärmübungen hatte sich das gelegt. Dann hat sie Kleingruppen gebildet, kleine Szenenbilder vorgegeben, und schnell haben sich die Jugendlichen überlegt, wie sie etwas inszenieren können. Je öfter sie sich trafen, umso selbstbewusster wurden die Jugendlichen, umso selbstbewusster wurde auch Malin.

Dann wieder ging es um Interkulturalität und Vorurteile. Da besprach sie, was Vorurteile sind, wie sie entstehen, wie man Menschen aus anderen Kulturen begegnen kann oder mit Minderheiten umgeht. „Wir haben geübt, wie man sich in andere Menschen hineinversetzen kann, um so eigene Urteile oder Annahmen zu hinterfragen.“

Oder sie ging das große Thema „Gender Equality“ an. Dazu hatten Malin und ihre Mitstreiter*innen vorab UN Woman Deutschland besucht und sich über den Stand der Gleichberechtigung in Georgien informiert. „Da ist noch eine Menge zu tun, einmal in der Gesellschaft, aber auch in der Ehe.“ In Georgien wird jede zweite Frau Opfer von Gewalt und jede vierte Frau ist sexueller Belästigung ausgesetzt.

Mit dem Wohnwagen durchs Land

Den größten Kontrast zwischen Deutschland und Georgien erlebte Malin, wenn sie die Hauptstadt verließ und mit ihren Workshops durch das Land fuhr. „Wir sind dann mit einem Wohnwagen durch die kleinen Dörfer getourt.“ Während sie mit den Jugendlichen in Tiflis ohne Schwierigkeiten auf Englisch sprechen konnten, mussten sie hier, auf dem Land, einen Dolmetscher mitnehmen. Das war am Anfang ungewohnt, aber irgendwann war auch das zur Routine geworden.

Zu ihren Workshops kamen nun Jugendliche, die zwar lesen und schreiben konnten, dann aber relativ schnell die Schule verlassen hatten. Eine andere Welt mit anderen Vorstellungen von dem, was im Leben möglich ist. Und dann wiederum sind Jugendliche auch nur Jugendliche, die erst schüchtern sind, die nach ein paar Übungen warm werden und am Ende lachen. Auch diesen Jugendlichen berichtete Malin am Ende ihres Workshops von der Möglichkeit, mit einem Freiwilligendienst ins Ausland zu gehen. Ob Deutschland oder ein anderes europäisches Ausland, auch sie, die Jugendlichen vom Dorf, könnten in einem anderen Land lernen, Erfahrung sammeln, helfen – und das völlig kostenlos.

Selbstbewusst sei sie in dem Jahr geworden, sagt Malin. Besonders schön sei es gewesen, dass die Kinder und Jugendlichen Vertrauen zu ihr gefunden haben. Und sie weiß nun mehr, was sie mit ihrem Leben anfangen möchte. „Ich studiere gerade Jura, um mich dann in einer NGO zu engagieren“, sagt sie. Nebenbei setzt sie sich im Rahmen der „Refugee Law Clinic“ ein. Diese hilft Geflüchteten auf juristischem Wege mit ihren Asylverfahren.

„Das Jahr war ein großes Geschenk für mich“, sagt Malin. Das Einzige was nicht geklappt hat: „Ich habe nicht so gut Georgisch gelernt, wie ich es mir vorgenommen hatte.“



Holt euch das Internet zurück!



Gespräch Kira Küster Grafik Uma Grotrian Foto HateAid

Mit gezielten Angriffen werden Menschen, die sich im Internet für andere einsetzen, mundtot gemacht. Die Menschenrechtsorganisation HateAid unterstützt Betroffene, die im Netz Hass und Gewalt ausgesetzt sind. Ein Interview mit Geschäftsführerin Anna-Lena von Hodenberg.

Sie haben 2018 HateAid gegründet, um Betroffenen von digitaler Gewalt zur Seite zu stehen. Was war der Auslöser?

Kurz vor der Bundestagswahl 2016 habe ich erstmals erlebt, wie rechte Gruppierungen mit Tausenden gefälschter Accounts in den sozialen Medien Personen des öffentlichen Lebens an den Pranger gestellt haben. Diese 7.000 Menschen haben ganz gezielt politische Gegner*innen angegriffen: Sie haben persönliche Informationen und schlimmste Lügen über sie verbreitet, um sie so lange unter Druck zu setzen und zu bedrohen, bis diese Leute still geworden sind. Dass sich 7.000 Leute so gut organisieren können und dass das so leicht funktioniert, hat mich schockiert. Mir wurde klar, dass man das ab einem bestimmten Punkt nicht mehr aufhalten kann und wir jetzt etwas tun müssen.

Wie haben Sie sich engagiert?

Ich habe versucht, Menschen in meinem Umfeld für das Thema zu gewinnen. Am Anfang hatten wir natürlich überhaupt keine Lösungen. Uns war zuerst einmal die Solidarität mit den Betroffenen wichtig. Sie brauchten Unterstützung: Die Polizei schickte sie nach Hause, das Bearbeiten von Anzeigen wurde eingestellt. Die Betroffenen hatten das Gefühl, der Rechtsstaat ließe sie allein und andere Beratungsstrukturen könnten sie nicht ausreichend unterstützen.

Was ist das Ziel von HateAid?

Wir wollen die Menschen, die sich im Internet engagieren, so unterstützen, dass es ihnen weiterhin möglich ist, sich zu engagieren. Wir können den Menschen zwar nicht versprechen, dass sie keine digitale Gewalt mehr erleben, aber wir können sie darauf vorbereiten, wir können Hass abfedern und sie in einer Gewalterfahrung begleiten. Und wir können den Rechtsstaat in die Pflicht nehmen: Denn was im analogen Leben illegal ist, ist es auch im digitalen Raum.

Sie wissen ja selbst, wenn Sie ins Internet und auf die sozialen Medien schauen: Der größte Teil der Menschen in den sozialen Medien konsumiert Inhalte eher passiv. Nur ein ganz kleiner Teil der Nutzer*innen ist aktiv und produziert eigenen Content. Wenn nun diejenigen wegbrechen, die für Demokratie, für eine offene und freie Gesellschaft stehen, dann bleiben nur noch diejenigen übrig, die Lügen verbreiten und manipulieren. Sie dominieren dann die Debatte. Das hat auch Auswirkungen auf all diejenigen, die still mitlesen. Wenn es keine öffentliche, demokratische Debatte gibt, weil sich die Menschen im Internet nicht mehr trauen, ihre Meinung zu vertreten und sich für Dinge zu engagieren, dann ist das eine Gefahr.

Wer sind die Betroffenen von digitaler Gewalt?

Soziale Medien werden immer wieder genutzt – auch sehr gezielt und organisiert –, um Menschen zum Schweigen zu bringen. Dann haben sie das Potenzial, zu einer Propagandamaschine und damit eben auch zu einer Hassmaschine zu werden. Menschen stehen dann nicht mehr auf und setzen sich für die Gesellschaft ein. Ihnen wird erzählt, dass es sich auch gar nicht mehr lohnt, dass man sowieso nur betrogen wird und dass man kein Vertrauen mehr in die Demokratie haben kann. Deshalb stehen Politiker*innen, Journalist*innen und Aktivist*innen auch unter digitalem Beschuss. Bei mir in der Beratung sitzen auch viele Wissenschaftler*innen. Die Glaubwürdigkeit dieser Gruppen wird gezielt angegriffen.

Gibt es denn verschiedene Arten von digitaler Gewalt?

Ja, auf jeden Fall. Die Spannweite ist riesengroß und vergrößert sich weiter. Zu Beginn unserer Arbeit haben wir noch von Hatespeech gesprochen. Irgendwann haben wir damit aufgehört und von digitaler Gewalt gesprochen, weil es nicht länger nur um Rede ging. Beim Doxing wird zum Beispiel Ihre Privatadresse oder Telefonnummer veröffentlicht oder die Adresse der Schule Ihrer Kinder. Zu digitaler Gewalt gehört auch die Spyware, die Ihr Kollege, den Sie zurückgewiesen haben, auf Ihrem Handy installiert hat. Das passiert fast nur Frauen.

Vergewaltigungsandrohungen, Morddrohungen, Beleidigungen in unterschiedlichen Formen, bei Frauen oftmals sexualisierte Angriffe, sind weitere Formen digitaler Gewalt. Wenn die Nutzer*innen ein anderes Diskriminierungsmerkmal oder mehrere haben, dann zählen dazu natürlich auch rassistische Anfeindungen, Anfeindungen gegen die queere Community oder antisemitischer Hass. Dazu gehören auch die Volksverhetzung, etwa wenn der Holocaust geleugnet wird, das Zeigen von verfassungsfeindlichen Symbolen und verhetzende Beleidigungen. Das ist übrigens ein neuer Straftatbestand, der eine Schutzlücke zwischen der Volksverhetzung und der Beleidigung geschlossen hat.

Was wir im Moment gehäuft sehen, sind pornografische Deepfakes von Frauen. Aktuell gibt es unzählige Deepfakes von Taylor Swift, aber auch Annalena Baerbock und Ursula von der Leyen waren schon von Deepfakes betroffen. Sie brauchen nur den Namen einer bekannten Politikerin der Spitzenparteien und den Begriff „Deepfake Porno“ bei Google eingeben, dann werden sie schnell fündig. Übrigens: Deepfake-Pornos von Frauen sind schnell zu finden, solche von Männern gar nicht, weil sie so gut wie gar nicht existieren.

Opportunist*innen sind nicht organisiert, sie trauen sich einfach nur, ihre diskriminierenden Ressentiments rauszulassen, wenn bereits eine rote Linie überschritten wurde.

Sie sagten, dass engagierte Menschen aus der Zivilgesellschaft häufig von digitaler Gewalt betroffen sind. Was wissen Sie über die Täter*innen?

Unser Wissen ist nur fragmentarisch, weil es keine umfassenden Täterstudien gibt und nur ein ganz kleiner Teil der Täter*innen angezeigt wird. Auf der anderen Seite gibt es organisierte Gruppen aus unterschiedlichen Milieus, die einen Angriff auf eine Person starten. Sobald eine kritische Masse an Leuten erreicht ist, die unter dem Post der Person Hasskommentare geschrieben haben, nimmt der Algorithmus der sozialen Medien das auf und zeigt sie noch mehr Leuten an. Die Hasskommentare werden von den ganzen Opportunisten gesehen, die dann denken: „Ach guck mal, da sind ja schon so viele Hasskommentare. Ich hatte heute auch einen schlechten Tag.“ Sie laden dann ebenfalls ihren Frust im Netz ab.

Wer sind diese Opportunist*innen?

Rassistische, antisemitische, frauenfeindliche oder antidemokratische Aussagen sind auch in der Mitte der Gesellschaft weit verbreitet. Viele denken: „Wenn das alle so schreiben, dann kann ich das ja auch mal machen.“ Opportunist*innen sind nicht organisiert, sie trauen sich einfach nur, ihre diskriminierenden Ressentiments rauszulassen, wenn bereits eine rote Linie überschritten wurde.

Den Brand legen andere?

Ja, vor allem organisierte rechtsextreme Gruppen, aber auch Gruppen aus dem Feld der antifeministischen Bewegung wie die Incels, Pick up Artists, Men Going Their Own Way. Die Incels sind laut Studien die am stärksten wachsende und gewaltbereiteste frauenfeindliche Gruppe im Netz. Bei den Gruppen gibt es aber auch Milieu-Überschneidungen. Zum Rechtsextremismus gehört ebenfalls die Frauenfeindlichkeit.

Dann gibt es das ganze verschwörungsideologische Milieu, also Gruppen wie zum Beispiel QAnon. Sie haben

oft einen antisemitischen Kern. Ihnen geht es um eine Elite, die vermeintlich Geld habe und uns beherrschen wolle. Hier werden alte antisemitische Bilder heraufbeschworen, ohne dass man explizit sagt, dass es um Jüd*innen geht.

Linksextreme Gruppen sehen wir hier bislang weniger. Das zeigt auch die BKA-Statistik zur politisch motivierten Kriminalität. Und dann gibt es Gruppen zu bestimmten Themen: Während der Corona-Krise gab es die Corona-Leugner*innen und das ganze Anti-Vax-Movement, das sich sehr gut organisiert hatte – vor allem bei Telegram.

Man kann generell sagen: Wenn Sie im Internet Angriffe sehen auf Personen mit Tausenden von Hasskommentaren, können Sie davon ausgehen, dass das organisiert wurde. Das sind keine spontanen Volksausbrüche, wie man lange Zeit angenommen hat.

Zeigen das auch Ihre Erfahrungen?

Wir haben selbst Analysen von Angriffen auf Personen des öffentlichen Lebens, etwa Politiker*innen, durchgeführt. Wenn man die Angriffe zurückverfolgt, sieht man oft, dass der Name der Person irgendwann in einer rechtsextremen oder antifeministischen Telegram-Gruppe aufgetaucht ist. Da musste niemand mehr dazuschreiben: „Geht jetzt mal auf das Profil und hinterlasst einen Hass-Kommentar“, sondern die Mitglieder wissen dann Bescheid, was sie zu tun haben. Das nennt man Dog Whistling. Die Mitglieder der Gruppe gehen dann auf die sichtbaren Profile bei Facebook oder X, damit alle sehen können, was die Konsequenz ist, wenn man etwas Bestimmtes tut. Für diese Gruppen ist es enorm wichtig, dass die Gewalt für uns alle sichtbar ist. Damit wir lernen, was uns passiert, wenn wir uns im Netz für Zivilcourage, gegen Rassismus und für die Demokratie einsetzen. Sie wollen uns vom demokratischen Engagement abschrecken.

Wie helfen Sie konkret?

Wir arbeiten auf drei Ebenen. Zuerst bieten wir eine emotionalstabilisierende Erstberatung an, wenn das gewünscht ist. Das heißt, wir helfen dabei, dass die Betroffenen sich ihre Situation erst einmal auf emotionaler Ebene anschauen und einsortieren, um wieder handlungsfähig zu werden – weil viele in der Situation erstarren oder in Panik sind. Wichtig ist oft, dass man das mit Menschen macht, die nicht zum privaten Umfeld gehören, weil man sich dann anders zeigen kann. Als Nächstes machen wir dann eine Sicherheitsberatung. Das heißt, wir schauen, welche privaten Daten es von der betroffenen Person im Internet gibt, die sie vulnerabel machen könnten.

Als Drittes unterstützen wir bei der Beweissicherung: Wir erstellen rechtssichere Screenshots oder helfen den Betroffenen dabei, diese selbst zu erstellen. Wir zeigen die Vergehen mit unseren Klient*innen bei der spezialisierten Staatsanwaltschaft in Hessen an. Und wenn man zivilrechtlich gegen die Täter*innen vorgehen kann, unterstützen wir in geeigneten Fällen mit unserem Prozesskosten-Finanzierungsfonds, damit die Betroffenen kein Kostenrisiko eingehen müssen. Wir unterstützen die Betroffenen dann, vor Gericht zu gehen mit spezialisierten Kanzleien und erwirken im besten Fall einen Unterlassungstitel oder auch Schadensersatz.

Wie vielen Klient*innen haben Sie denn seit Gründung von HateAid geholfen?

Knapp 4.500. Die Anzahl der Anfragen geht seit unserer Gründung steil nach oben. Sie hat einen Sprung gemacht während der Corona-Krise, sie hat noch mal einen Sprung gemacht im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Sie macht in Krisen Sprünge. Und je bekannter wir werden, desto mehr Menschen wenden sich an uns.

Was meinen Sie: Was könnte helfen, die Gewalt im Netz zurückzudrängen?

Wie bei allen komplexen Dingen gibt es nicht die EINE Antwort, nicht das EINE Rezept. Digitale Gewalt ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, die Gründe dafür sind vielfältig, und genauso vielfältig müssen auch die Antworten sein. Es braucht ein Maßnahmenpaket, für das einerseits die Politik gefragt ist und andererseits die Plattformen. Die Plattformen müssen konsequent reguliert werden, denn sie verdienen auch Geld mit Hass und Desinformation.

Es bedarf nicht nur eines konsequenten Löschens von illegalen Inhalten auf den Plattformen, sondern das, was wir fordern, ist das sogenannte Safety by Design, das heißt: Schon beim Design der Plattformen müssen Sicherheitsmaßnahmen integriert werden.

Was bedeutet das genau?

Wir fordern, dass auf den Plattformen getestet wird, was Dinge sein könnten, die Risiken für unsere Demokratie und für einzelne vulnerable Gruppen darstellen. Die Plattformen müssen so umgebaut werden, dass Hass nicht gefördert wird, so wie das die Algorithmen momentan machen, sondern dass man Hass und Desinformationen verhindert.

Hier ist die Politik gefragt, viel mutiger zu sein, um die Plattformen zu regulieren. Mit dem Digital Services Act, der jetzt in Kraft getreten ist, ist ein erster Schritt getan. Aber er ist überhaupt nicht weitreichend genug. Die Plattformen wollen nämlich selten Verantwortung übernehmen für die ganzen Inhalte, die bei ihnen hochgeladen werden. Wir brauchen dazu gar nicht viel mehr neue Gesetze. Was wir brauchen, ist eine bessere Rechtsdurchsetzung: Die Verfahren müssen schneller, günstiger und einfacher werden.

Wenn diejenigen wegbrechen, die für eine offene und freie Gesellschaft stehen, bleiben nur noch diejenigen übrig, die Lügen verbreiten und manipulieren. Sie dominieren dann die Debatte.

Was können wir als Gesellschaft tun?

Wir als Teil der Gesellschaft müssen uns darüber klar werden, dass wir auch Bürger*innen im digitalen Raum sind. Wir sind dort genauso Bürger*innen, wie wenn wir auf die Straße gehen. Wenn wir dort sehen, dass jemand angegriffen wird, gehen wir doch auch hin und unterstützen. Wir zeigen Zivilcourage und rufen die Polizei. Im Internet klicken wir einfach weiter. Aber genau die gleiche Zivilcourage sollten wir auch im digitalen Raum zeigen.

Uns als Gesellschaft muss klar werden, dass wir auch im digitalen Raum Rechte haben und dass wir diese Rechte durchsetzen müssen, denn wenn wir sie dort nicht durchsetzen, dann werden sie auch in unserem analogen Leben infrage gestellt. Das Internet ist so ein wichtiger Raum in unserem Leben. Wenn wir zulassen, dass dort die roten Linien überschritten werden, kommen Hass, Gewalt und Desinformation in unser alltägliches Leben. Wir sollten uns das Internet zurückholen, denn es ist unser Internet, und wir als Gesellschaft sollten bestimmen, wie es aussieht.



Anna-Lena von Hodenberg ist gelernte Journalistin und arbeitete u. a. für RTL und den NDR. 2020 wurde sie mit dem Digital Female Leader Award ausgezeichnet, 2021 von der Zeitschrift „Capital“ zu den „Top 40 unter 40“ gekürt und zum „Ashoka Fellow“ berufen. Der Grund: HateAid.

2018 gründete Anna-Lena von Hodenberg gemeinsam mit Campact e. V., Fearless Democracy e. V. und einem gegen rechte Gewalt engagierten Volljuristen die HateAid gGmbH. Die von ihr geführte gemeinnützige Organisation setzt sich für Menschenrechte im digitalen Raum ein. Ihr Ziel: das Netz zu einem positiven Ort zu machen, in dem demokratische Werte für alle gelten.

www.hateaid.org

diakonie

Diakonie Düsseldorf



36

Herr Möhlendick schreibt an die Politik

Ein Vater ist genervt, weil das Land zu wenig für die Kitas tut

38

„Jetzt traue ich mir etwas zu“

Samriz Hamidi unterstützt unbegleitete minderjährige Geflüchtete

40

Hohe Preise erschweren das Leben

Die Evangelische Tafelausgabe

46

Ich wünsch', ich wär' ein ...

Zuwachs im Katharina-von-Bora-Haus

48

Wir helfen!

Vier Freiwillige und ihre Geschichten

Herr Möhlendick schreibt an die Politik

Text Julius Kohl Foto privat

Wenn nichts passiert, muss man die Sache selbst in die Hand nehmen: Weil einen Vater nervt, dass das Land zu wenig tut, um die Situation von Erzieher*innen zu verbessern, schreibt der Feuerwehrmann Briefe an Politiker*innen. Die Antworten lassen ihn zum Teil verzweifeln. Trotzdem sieht er auch Positives.

„Sehr geehrter Herr Wüst“ oder „Sehr geehrte Mona Neubaur“ – Jörg Möhlendick ist ein höflicher, bedachter Mensch. Und so klingen auch seine Briefe. Die Anrede ist immer respektvoll, er stellt sich vor, erklärt seine Rolle und sein Anliegen. In ruhigem Ton. Freundlich. Seine glasklaren Worte lassen jedoch keinen Zweifel, wie ernst es dem dreifachen Vater ist: „Familien brauchen dringend eine verlässliche und sichere Kinderbetreuung“, fordert er. Seit Jahren immer wieder.

Seit 2021 schreibt der 40-Jährige seine Briefe. Inzwischen sind es über 20 Stück. Er schreibt sie gleichzeitig als Vater und als Vorsitzender des achtköpfigen Elternrats der Diakonie-Kita Oberratherstraße. Seine Kinder besuchen diese Kita nacheinander seit zehn Jahren – ohne die Betreuung der Kinder dort ist der Alltag für den Feuerwehrmann und seine Frau, die Krankenschwester ist, nicht zu stemmen. Zuerst schrieb er an Kommunalpolitiker*innen in Düsseldorf, später

an den Landeselternrat und dann an die Landespolitik. An Regierung und Opposition. Bewusst spricht er alle an, von denen er sich Unterstützung und Lösungen erhofft. In Form und Ton hebt er sich dabei deutlich von dem oft mindestens schroffen bis herablassenden Geblöke auf Social Media ab. „Es ist für mich selbstverständlich, mit anderen so zu sprechen, wie ich erwarte, dass sie mit mir sprechen“, sagt er. Und: „Ich will der Politik eine Chance geben.“

Eine dicke Enttäuschung

Bei all seinem Mühen geht es ihm nur nachrangig um die eigene Situation. Stumpf seine persönlichen Interessen durchsetzen? Nicht seine Sache. „Ich bin anders erzogen. Wir reden hier über das Wichtigste, über unsere Kinder, und die brauchen einfach eine vernünftige Betreuung. Und das geht nur in einem Miteinander, indem man die Bedürfnisse der Erzieher*innen niemals aus den Augen lässt“, erklärt

er. Das ist der Kern seines Anliegens: Mehr Solidarität mit den Erzieher*innen in den Kitas. Die geraten im Alltag oft in die Mühle aus frustrierten Eltern und untätiger Politik und litten darunter. Denn in den letzten Jahren ist ihm mit Blick auf diese wichtigen Schlüsselpersonen im System politisch nicht genug passiert. Und wenn, dann sei zu wenig richtig gemacht worden: Der Beruf werde nicht wertgeschätzt, die Rahmenbedingungen seien unattraktiv, die Bürokratie überbordend. „Ich kann im Moment nicht erkennen, dass die Politik sich für Erzieher*innen einsetzt.“

Jörg Möhlendick hat auch Antworten erhalten. Von Politiker*innen interessanterweise ausschließlich vonseiten der jeweiligen Opposition. Und darin stand immer wieder sinngemäß dieser letzte Satz, der sagt: „Wir können Ihnen leider nicht helfen.“ „Deswegen habe ich, nachdem ich diese Erfahrung gemacht habe, die Briefe immer von hinten nach vorne gelesen. Wenn ich diesen Satz gelesen



Ich will der Politik eine Chance geben.

habe, dann habe ich den Brief erst mal beiseitegelegt. Ich wusste, da steht sowieso nichts drin, was helfen würde.“ Stattdessen nur warme Worte. Insgesamt eine dicke Enttäuschung. Und was hat die jahrelange Schreiberei gebracht? Wenn man ihn das fragt, wird Jörg Möhlendick nachdenklich. Mit Blick auf die Politik wachsen bei ihm spürbar Verzweiflung und Wut.

Etwas Positives ist entstanden

Trotzdem resigniert er nicht. Er sieht sogar, dass etwas Positives entstanden ist. Im Kleinen. „Was ich erkenne, ist, dass wir zumindest in unserem Kindergarten auf einem verdammt guten Weg sind. Weil wir mit den Erzieher*innen,

mit der Kita-Leitung und mit der Diakonie gesprochen haben und nie übereinander. Damit sind wir durch wirklich schwierige Situationen gekommen. Und ich bin der festen Überzeugung, dass wir auch weiter durch schwierige Zeiten kommen.“ Jörg Möhlendick bleibt optimistisch. In anderthalb Jahren verlässt sein Jüngster die Kita. Bis dahin bleibt er wohl im Elternrat und schreibt wahrscheinlich weiter Briefe.

„Jetzt traue ich mir etwas zu“

Text Anne Wolf Fotos Gerald Biebersdorf

Vor rund sieben Jahren ist Samriz Hamidi als unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter nach Deutschland gekommen. Heute unterstützt er Jungen und junge Männer, denen es geht wie ihm damals. Im Interview erzählt er, warum er das tut und was ihm geholfen hat, seinen Weg zu finden.

Shamriz, als du mit 15 Jahren mit deinem Bruder nach Deutschland gekommen bist, hast du erst in einer Unterkunft für Geflüchtete gewohnt, später dann in einer Wohngruppe für minderjährige Geflüchtete. Wie bist du zu JUMP gekommen?

Shamriz: Nachdem ich sechs Jahre in der Wohngruppe gewohnt hatte, bin zu JUMP gegangen, weil ich gerne in eine eigene Wohnung ziehen und selbstständig werden wollte. JUMP hat mir dabei geholfen, aber ich hatte auch Glück, weil ich in der Jugendhilfe bleiben konnte, bis ich 21 war.* Das ist nicht bei allen Jungs so, die nach Deutschland kommen. Bei vielen ist mit 18 Jahren Schluss, das bedeutet, sie sind dann auf sich allein gestellt.

Genießt du es, eine eigene Wohnung als Rückzugsort zu haben?

Ja, allerdings bin ich kaum zu Hause, weil ich viel arbeite. Vor einem Jahr habe ich meine Ausbildung als Elektriker für Energiegebäudetechnik im Fachbereich MSL abgeschlossen. Jetzt

nach der Ausbildung fängt die Arbeit erst richtig an. Es gibt noch so viel zu lernen.

Du bist ganz schön eingespannt, trotzdem unterstützt du im Projekt JUMPeers minderjährige Geflüchtete. Warum?

Als ich nach Deutschland gekommen bin, hatte ich nicht die Möglichkeit, andere Leute um Hilfe zu bitten. Ich hätte mich das auch gar nicht getraut. Jetzt traue ich mir etwas zu und deshalb rede ich mit den anderen Jungs. Ich sage zwar immer: Fragt doch eure Betreuer*innen, aber die fragen immer mich. Weil ich dasselbe erlebt habe wie sie, ist das Vertrauen größer. Wenn sie Sorgen haben, rufen sie mich an. Und ich versuche dann, ihnen zu helfen.

Viele Jugendliche, die neu in Deutschland sind, haben Angst, sich den Erwachsenen anzuvertrauen, weil sie Sorge haben, das könnte Konsequenzen haben. Darum gibt es bei der Diakonie das Projekt JUMPeers, in dem junge Geflüchtete andere junge

Als ich nach Deutschland gekommen bin, hatte ich große Bedenken, ob ich das hier schaffe.

Geflüchtete unterstützen. Während Sozialarbeiter*innen aus fachlicher Sicht sprechen, sprichst du aus Erfahrung. Kannst du Beispiele nennen, mit welchen Fragen die Jugendlichen auf dich zu kommen?

(lacht) Das kann ich nicht erzählen. Das ist privat.

Aber vielleicht kannst du allgemein etwas dazu sagen, wie du den Jugendlichen ein Vorbild sein kannst?

Wenn die Jungs neu in Deutschland sind, sage ich ihnen, wie wichtig es ist, zuerst die Sprache zu lernen. Ich sage: ‚Lernt die Sprache, denn dann könnt ihr euch um euch selbst kümmern und euch eine Arbeit suchen.‘ Außerdem erzähle ich von mir. Ich wollte keine Ausbildung machen damals, das war nicht mein Ding, ich wollte studieren. Aber irgendwann habe ich mir gesagt: Okay, dann lerne ich eben was Praktisches, studieren kann ich immer noch. Den Jungs gebe ich deshalb den Tipp, für alle Berufe offen zu sein, auch mal ein Praktikum zu machen. Wir treffen uns auch regelmäßig bei JUMP und sprechen über verschiedene Themen, machen Spieleabende, kochen was zusammen oder unternehmen Ausflüge.

Jugendliche, die ohne Eltern nach Deutschland kommen, haben es in der Regel nicht leicht: Erwachsenwerden ist generell meist mit Problemen verbunden, bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten kommt der Stress um den Aufenthalt hinzu. Bei dir klingt dagegen alles so leicht. War es das?

Das war überhaupt nicht leicht. Als ich nach Deutschland gekommen bin, hatte ich große Bedenken, ob ich das hier schaffe. Aber ich habe mir gesagt: Du lebst nur einmal, es zu versuchen schadet nicht. Besonders schwer war es kurz vor meiner Abschlussprüfung. Ich bin froh, dass die Mitarbeitenden von JUMP mir in dieser Zeit geholfen haben. Ich hatte Probleme mit der Ausländerbehörde und sie haben mir den Rücken freigehalten, damit ich mich aufs Lernen konzentrieren konnte. So konnte ich das durchziehen.

Jetzt hast du deine Ausbildung geschafft. Welche Pläne hast du für die Zukunft?

Ich möchte unbedingt meinen Meister machen. Leider sind erst wieder 2028 Plätze frei. So lange muss ich mich noch gedulden.

*Care Leaver sind junge Erwachsene, die Unterstützung durch die Jugendhilfe erhalten haben. Nach Erreichen der Volljährigkeit, spätestens mit 21 Jahren, wird diese Hilfe beendet. Care Leaver, die als unbegleitete minderjährige Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, sind dann auf sich allein gestellt, denn ihnen fehlt der Rückhalt, den junge Erwachsene normalerweise durch ihre Eltern haben.

Mit den Projekten Care Leaver und JUMPeers ist die Diakonie Düsseldorf weiterhin für diese jungen Menschen da. Das Besondere bei JUMPeers ist, dass junge Erwachsene, die als minderjährige Geflüchtete nach Deutschland gekommen sind, nun junge Menschen unterstützen, denen es ähnlich geht wie ihnen.

Das Care-Leaver-Projekt wird vom Jugendamt der Stadt Düsseldorf finanziert, JUMPeers von der Aktion Mensch.



Hohe Preise erschweren das Leben

Die Evangelische Tafelausgabe unterstützt Menschen in Not mit Lebensmittelspenden. Doch die Spenden werden weniger – auch weil Supermärkte mit der Unterstützung von Künstlicher Intelligenz heute besser planen als früher.



Text Anne Wolf Fotos Violetta Odenthal

Im Foyer der Evangelischen Zionskirche herrscht Hochbetrieb. Da werden Kisten geschleppt, Gemüse sortiert, die Haltbarkeitsdaten von Joghurts geprüft. „Noch zehn Minuten“, ruft der Ehrenamtliche Wolfgang Dauwe laut, und die Freiwilligen legen noch einmal einen Zahn zu. Seit 10 Uhr sind sie auf den Beinen, um die Kisten mit Lebensmitteln entgegenzunehmen, die ehrenamtliche Fahrer*innen der Tafel e. V. in Supermärkten oder Bäckereien abholen und an die Evangelische Tafelausgabe der Diakonie Düsseldorf liefern. Fünf Mal sind die Lieferwagen der Tafel an diesem Tag vorgefahren, viele Kisten mussten in die Kirche geschleppt und auf verdorbene Lebensmittel durchgesehen werden. Eine anstrengende Arbeit, die ohne Ehrenamtliche wie Wolfgang Dauwe nicht zu bewältigen wäre. Dauwe macht diese Arbeit gerne, auch wenn es immer schwieriger wird, die Menschen, die zur Tafelausgabe kommen, mit dem Wichtigsten zu versorgen. „Wir bekommen leider immer weniger Lebensmittelspenden“, sagt er.

Es hat gereicht für ein gutes Leben

In der Schlange vor der Kirche wartet Gabriele Roth. Sie ist mit ihrem Elektromobil gekommen. Ihre Krücken hat sie ans Rückenteil des E-Mobils gehängt. Auf dem Kopf trägt sie eine Kappe der Düsseldorfer Eislaufgemeinschaft, der DEG, ihrem Lieblingsverein. Sie ist schon ewig Fan. Früher leitete Roth ein Café, eine Arbeit, die ihr Spaß machte, auch wenn der Verdienst überschaubar war. „Aber für mich war es genug. Es hat gereicht für ein gutes Leben, ab und an mal Urlaub machen, sich auf einen Kaffee mit Freundinnen treffen oder eben ein Spiel der DEG besuchen.“ Heute reicht das Geld dafür meist nicht mehr. Roth hat eine schwere Arthrose, die Diagnose bekam sie mit 40 Jahren, heute ist sie 61 Jahre alt und frühverrentet. Vor Kurzem ist sie gestürzt, der Rollstuhl ist ihr ständiger Begleiter.

Im überdachten Eingangsbereich der Kirche nimmt Dietlind Sarge von der Diakonie in einem Holzhäuschen die letzten Neuanmeldungen für diesen

Tag entgegen. Noch nie hat die Tafelausgabe mit Sozialberatung so vielen Menschen geholfen wie 2023; 12.706 Haushalte wurden im vergangenen Jahr durch die Tafelausgabe mit Lebensmitteln versorgt. „Grund dafür sind auch die gestiegenen Lebenshaltungskosten und die Inflation – bei vielen reicht das Geld zum Leben einfach nicht mehr aus“, sagt Dietlind Sarge. Erschwerend für die Tafelausgabe komme hinzu, dass Supermärkte, zum Teil dank künstlicher Intelligenz, heute besser planen könnten als früher. „Bei den bedürftigen Menschen kommt dadurch weniger an.“ Dietlind Sarges wichtigstes Ziel ist deshalb, die Kund*innen dabei zu unterstützen, ihr Leben wieder selbst in die Hand zu nehmen, sodass sie in absehbarer Zeit nicht mehr von Lebensmittelspenden abhängig sind. „Wir wollen die Armut nicht zementieren.“

Hunger war keine Seltenheit

Gabriele Roth ist froh, dass sie alle drei Wochen bei der Tafelausgabe vorbeischauen kann – Alternativen gibt es



Wenn ich genügend Geld hätte, würde ich ganz viel frisches Obst kaufen, ohne auf den Preis zu schauen. Ich liebe Obst.

für sie wegen ihrer chronischen Erkrankung derzeit nicht. Nach ihrer Frühverrentung habe sie erst versucht, alleine klarzukommen. Zu groß sei die Scham gewesen, Hilfe anzunehmen. Als ihre Ersparnisse aufgebraucht waren, sparte sie am Essen, packte nur noch das Billigste in den Einkaufskorb. „Es hat trotzdem nie gereicht, und ich hatte oft großen Hunger“, erzählt sie. Als die Not unerträglich wurde, nahm sie sich ein Herz und suchte die Evangelische Tafelausgabe auf. „Ich habe mir das furchtbar vorgestellt und war extrem aufgeregt“, sagt sie. Doch ihre Sorgen seien unbegründet gewesen, im Gegenteil. „Die Ehrenamtlichen behandeln mich wie eine Kundin und nicht wie eine Bittstellerin. Hier gibt es keinen Grund, sich für die eigene Not zu schämen“, sagt sie.

Es geht los, die Ausgabe öffnet. Gabriele Roth ist die Erste in der Reihe. Vorsichtig steuert sie ihr E-Mobil am Holzhäuschen vorbei. Sie winkt Dietlind Sarge freundlich zu und fährt weiter in die Kirche, den schmalen Gang entlang, vorbei an den Marktständen der Lebensmittelausgabe. Nach und nach füllt sich ihre Einkaufstasche. Einige der Produkte wie einen teuren Joghurt würde sie selbst nicht kaufen, dafür sei das Geld zu knapp. „Das ist für mich etwas Besonderes.“ Und wenn sie selbst entscheiden könnte? „Wenn ich genügend Geld hätte“, sagt sie, „würde ich ganz viel frisches Obst einkaufen, ohne auf den Preis zu schauen. Ich liebe Obst.“

Die Evangelische Tafelausgabe der Diakonie ist auf Spenden angewiesen, zum Beispiel für die Miete der Räume, die Abfallentsorgung oder Ausstattung. Auch mit Lebensmittelgutscheinen kann in Ausnahmefällen unterstützt werden, wenn die ausgeteilten Lebensmittel nicht für alle reichen oder als zusätzliche Entlastung für Familien. Mehr dazu: diakonie-duesseldorf.de/tafelspende

Wo man im Alter queer sein kann

Text Carolin Scholz
Fotos Gerald Biebersdorf



Für älter werdende Menschen der LSBTIQ*-Community ist es oft schwer, an Angeboten für Senior*innen teilzunehmen – zu viele haben schlechte Erfahrungen insbesondere mit pflegerischen und medizinischen gemacht. Das queere Projekt der Tagespflege in Heerdt soll für sie ein Safe Space sein. Die Mitarbeitenden sind speziell geschult.

Einsamkeit ist für viele älter werdende Menschen ein Thema. Wenn die Gesundheit einen im Alltag einschränkt und man nicht mehr wie vorher selbstverständlich am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Aber auch, wenn Freundeskreise kleiner werden und Kontakte ausdünnen. Besonders betroffen sind davon Menschen, die sich als queer identifizieren – also etwa homo-, bi-, intersexuell oder transident sind. Denn für sie ist die Hürde, Angebote für ältere Menschen wahrzunehmen, noch einmal höher. Wartet dort womöglich Diskriminierung und Ausgrenzung auf sie?

In der Tagespflege an der Pariser Straße in Heerdt ist das anders. Hier gibt es seit dem vergangenen Jahr ein queeres Projekt. Menschen mit queerer Identität sind ganz deutlich willkommen. Die Tagespflege soll ein sogenannter Safe Space sein, also ein sicherer Ort für Menschen mit verschiedenen sexuellen und geschlechtlichen Identitäten.

Beim Wort „queer“ muss Monika Hügens zwei Mal nachfragen. Es ist wohl ein Wort, das in ihrer Generation nicht so selbstverständlich verwendet wird wie heutzutage. Monika Hügens besucht die Tagespflege seit ein paar Monaten zwei Mal in der Woche und fühlt sich hier sehr wohl. „Zu Hause bin ich viel allein“, sagt die 70-Jährige, „da bin ich froh über ein bisschen Abwechslung.“ Ihre Identität als Transfrau spielt hier keine Rolle.

Eigentlich ist die Tagespflege in Heerdt nicht anders als andere. Ältere Menschen verbringen hier einen Teil ihres Tages, gehen aber am Abend wieder nach Hause in ihre eigene Wohnung oder zu ihren Familien. Die Tagespflege soll pflegende Angehörige entlasten, den älteren Menschen aber auch wieder mehr Struktur geben. „Viele sind zu Hause sehr einsam. Das kann eine Demenz fördern“, sagt Annette Plum, Leiterin der

Menschen, die heute in ihren 70ern sind, haben länger in einer Welt gelebt, in der es strafbar war, queere Identität auszuleben, als in einer, in der das nicht so ist.

Einrichtung in Heerdt. Die Angebote, die dort gemacht werden, sollen die Menschen wieder mehr in den Austausch mit anderen bringen – und die Ressourcen fördern, die sie noch haben. Das können Quiz- und Rätselspiele sowie Gedächtnistraining sein, aber auch gemeinsame Gymnastik für die Beweglichkeit.

Was aber eben doch anders ist, ist die Sensibilität im Umgang mit queeren Themen. Die Mitarbeitenden sind geschult, einige haben in ihrer eigenen Biografie Kontakt mit dem Thema oder mit der queeren Community und sind aufmerksam für Dinge, die ein Sicherheits- und Wohlfühl für diese Menschen stören könnten.

Viele schmerzhaft Erfahrungen

Während heute Queerness und verschiedene sexuelle und geschlechtliche Identitäten immer selbstverständlicher werden, haben queere Menschen, die jetzt zur Zielgruppe der Tages- und Altenpflegeeinrichtungen gehören, in ihrem Leben oft schwierige und schmerzhaft Erfahrungen gemacht. Erst 1994 wurde Paragraph 175 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen – der Paragraph, der Homosexualität unter Strafe gestellt hat. Menschen, die heute in ihren 70ern sind, haben länger in einer Welt gelebt, in der es strafbar war, queere Identität auszuleben, als in einer, in der das nicht so ist.

In dieser Altersgruppe gibt es also Menschen, die damit aufgewachsen sind, alles, was nicht dem traditionellen Modell von Ehe zwischen Mann und Frau oder von Männlichkeit und Weiblichkeit entspricht, als falsch einzuordnen. Und gleichzeitig auch viele, die ihre Identität lange geheim halten mussten. Bei denen ein Coming-out vielleicht gar nicht möglich war. Deren Familien mit ihnen gebrochen oder die das Sorgerecht für

ihre Kinder verloren haben. Viele haben Diskriminierung und Gewalt erlebt. „Wegen dieser Erfahrungen neigen viele später dazu, sich zu isolieren“, sagt Annette Plum.

Fachstelle stand beratend zur Seite

Um die Belange älter werdender Menschen mit queerer Identität oder gleichgeschlechtlicher Orientierung mehr in den Blick zu nehmen, wurde bereits 2020 die Fachstelle „Altern unterm Regenbogen“ gegründet. Die Frauenberatungsstelle, die Aidshilfe und die Arbeiterwohlfahrt kooperieren dabei und wollen Mitglieder der queeren Community ab einem Alter von 55 Jahren stärken. Auch beim queeren Projekt der Diakonie stand die Fachstelle beratend zur Seite. Dazu, was den Menschen in der Zielgruppe fehlt und was sie brauchen, waren die Beteiligten des Projekts mit der Fachstelle im Austausch. Und auch jetzt, um mehr Menschen aus der Community zu erreichen. Auf lange Sicht ist geplant, dass es jede Woche einen Tag nur für queere Menschen in der Tagespflege gibt – als Safe Space nur für sie.

Monika Hügens war schon mehr als 50 Jahre alt, als sie sich als Transfrau geoutet hat. Da war sie mit einer Frau verheiratet und hatte zwei erwachsene Kinder. Auch sie hat erlebt, wie einsam das machen kann. „Die Hemmschwelle, mich zu öffnen und rauszugehen, war sehr groß.“ Umso schöner war das Gefühl, festzustellen, dass sich manche ihrer Ängste nicht bewahrheitet haben. Sie gibt ein Beispiel: Als Transfrau weiblich gekleidet an einem Samstag bei strahlendem Sonnenschein über die Bolker Straße in Düsseldorf gehen – keine*n interessiert es. „Das war schon eine große Erleichterung.“

Harmonisches Beisammensein

In der Tagespflege in Heerdt ist das ähnlich. Monika Hügens ist ganz selbstverständlich als Teil der Gruppe akzeptiert. Auch von den anderen Gästen gibt es keine Kommentare oder komischen Fragen. Und das, obwohl bei einigen von ihnen die Demenz schon fortgeschritten ist. „Da können normalerweise bestimmte Höflichkeitsgrenzen fallen“, sagt Annette Plum. Doch die Gruppe sei recht harmonisch.

Aktuell ist Monika Hügens noch die einzige Person in der Gruppe mit queerer Identität. Das Projekt versucht, mehr auf sich und sein Angebot aufmerksam zu machen. Etwa bei einem Sommerfest, das für Mai geplant ist. Monika Hügens würde sich freuen, wenn noch andere Personen mit ähnlichen Erfahrungen dazustoßen würden. Früher war sie auch beim Gender-Treff in Düsseldorf aktiv und Teil von Gruppen mit anderen Transpersonen. „Es wäre eine große Bereicherung für mich, wenn ich hier noch mehr Gesprächspartner*innen hätte, mit denen ich mich offen unterhalten könnte.“ Und für die anderen womöglich auch.

Die Tagesspflegen der Diakonie finden sich in verschiedenen Stadtteilen in Düsseldorf. Die Schwerpunkte sind unterschiedlich. Anfang des Jahres hat die Diakonie Düsseldorf zum Beispiel nach langer Planungs- und Bauzeit im Neubaugebiet Am Quellenbusch in Gerresheim eine neue Tagespflege eröffnet, die sich speziell an ältere Menschen wendet, die auf Unterstützung angewiesen sind, aber ihren Alltag weiterhin aktiv gestalten möchten. Mehr Informationen unter: www.diakonie-duesseldorf.de/tagesspflege

Ich wünscht', ich wär' ein ...

Text Anne Wolf Bildstrecke David Ertl



Das Katharina-von-Bora-Haus hat Zuwachs bekommen. Zwei Königsberger Hennen haben im Frühjahr den Garten des Pflegeheims in Bilk bezogen. Dort lebten bereits die legefrohen Sussex-Hühner Isolde und Dora, denen es, nachdem zwei ihrer Gefährtinnen verstorben waren, an Gesellschaft mangelte. Der Einzug der neuen Hennen Emma und Dora II in Garten und Hühnerstall ging ohne Zank vonstatten – kein Wunder, die Königsberger Hennen sind für ihr ruhiges Wesen bekannt.

Die Hennen sorgen nicht nur für das ein oder andere frische Ei auf dem Teller, sie haben auch „therapeutische“ Zwecke. Schließlich ist es erwiesen, dass Tiere dabei helfen können, Stress abzubauen, den Blutdruck zu senken und körperliche Aktivität zu fördern. „Im Pflegeheim leben viele ältere Menschen, die in ihrer Jugend Tiere vor allem als Nutztiere kennengelernt haben“, sagt Andrea Pannen, Leiterin des Sozialen Dienstes. „Darum haben wir uns für das Halten von Hühnern entschieden.“

Mehrere Generationen Hühner haben nun schon im Garten des Pflegeheims gelebt, manche waren mehr, manche weniger zutraulich. „Wir hatten einmal ein Huhn, das sich von den älteren Menschen vorne auf dem Rollator durch den Garten hat schieben lassen. Das war ein echtes Highlight“, sagt Pannen und lacht.



Wir helfen!

Bei der Diakonie Düsseldorf engagieren sich zahlreiche Menschen, um an anderen zu helfen. Einige von ihnen haben selbst eine schwere Zeit hinter sich. Wir stellen vier Freiwillige vor – exemplarisch für all die Ehrenamtlichen, ohne die bei der Diakonie vieles nicht möglich wäre.

Lorin Darwisch kann nicht Nichtstun



„Wo ist Lorin?“ „Ist Lorin heute da?“ Bei der Fensterberatung des Stadtteilladens der Diakonie in Flingern ist die 40-jährige Lorin Darwisch eine viel gefragte Unterstützerin. Die 40-Jährige spricht Kurdisch und Arabisch und übersetzt, wenn es bei der Beratung Verständigungsprobleme gibt. Außerdem hilft sie manchmal beim Ausfüllen von Formularen. Die Mutter

zweier Kinder ist ehrenamtlich im Stadtteilladen tätig, seit sie dort selbst Unterstützung suchte.

Lorin Darwisch stammt aus Syrien. 2014 flüchtete sie mit ihrem Mann und ihrer damals noch sehr kleinen ersten Tochter vor dem Krieg nach Deutschland. In Syrien hatte Darwisch nach dem Abitur in der Firma ihres Mannes gearbeitet. Als sie nach Deutschland kam, stand die Familie vor dem Nichts. „Es war eine schlimme Zeit“, sagt Darwisch. „Ich konnte kein Deutsch, musste aber viel mit den Behörden regeln. Ich war damals sehr überfordert und nach einer Zeit auch sehr erschöpft.“

Da die 40-Jährige in Deutschland nur geduldet ist, hat sie weder Anrecht auf einen Deutschkurs noch darf sie arbeiten. Als die Mitarbeitenden im Stadtteilladen ihr anboten, ehrenamtlich tätig zu werden, habe sie sich sehr gefreut. „Ich halte es nicht aus, nur zu Hause zu sitzen. Ich arbeite gerne. Und hier kann ich anderen helfen, so wie mir am Anfang geholfen wurde“, begründet sie das Engagement. Ein weiteres Plus: „Ich bin mit Deutschen in Kontakt und kann die Sprache lernen.“ Den B1-Sprachtest hat sie mittlerweile bestanden, bald steht der B2-Test an. Für die Kosten des Tests ist sie selbst aufgekommen. Sie hofft, dass es bald vielleicht doch noch klappt mit der Aufenthaltsgenehmigung. Dann möchte sie weiterhin andere Menschen unterstützen.

Klaus Richter behält die Nerven

Wohnungslose Menschen haben keinen Briefkasten. Sie können sich ihre Post deshalb an die Fachberatungsstelle Horizont schicken lassen. Es ist nicht wenig, was sich dort wöchentlich ansammelt. Am meisten Raum nehmen die grauen Briefe der Behörden ein: Bewilligungsbescheide fürs Bürgergeld, Anträge auf Wiederaufnahme in die Krankenversicherung, Anträge

für die Aufnahme in eine Hilfeeinrichtung. Damit dabei nicht das Chaos ausbricht, gibt es Klaus Richter. Der 65-Jährige kommt einmal wöchentlich in die Fachberatungsstelle, um die Post zu sortieren und auszugeben. An den anderen Tagen übernimmt sein Kollege Christoph Kurig.

Für Richter ist es nie infrage gekommen, nach dem Berufsleben nichts mehr zu tun. „Aber es hat ein wenig gedauert, bis ich ein Ehrenamt gefunden habe, das zu mir passt.“ In der Postausgabe des Horizont sei er jetzt genau richtig. „Hier wird sozial benachteiligten Menschen Wertschätzung entgegengebracht“, erläutert er seine Motivation.

Nicht immer sind die wohnungslosen Menschen glücklich über das, was sie von Richter ausgehändigt bekommen: Denn es gibt gute und es gibt schlechte Post. Aber Richter hat den Dreh raus, die Menschen respektieren ihn und freuen sich, ihn zu sehen – auch wenn statt des erhofften Jobangebots ein Gelber Brief, ein Schreiben der Bußgeld- und Strafsachenstelle des Finanzamts, in der Ausgabe gelandet ist. Als Belastung empfindet Richter sein Ehrenamt deshalb nicht, im Gegenteil. „Ich bekomme sehr viel zurück.“



Text und Fotos wfa

Jürgen Pfister lässt nicht locker



Ungerechtigkeit kann Jürgen Pfister nicht ertragen. Das war schon so, als er sich als Personalchef eines großen Konzerns für die Einstellung älterer Arbeitnehmer*innen und von Menschen mit Behinderungen starkmachte. Und das ist heute noch so. „Es gibt Menschen, die haben keine Lobby, die haben niemanden, der für sie einsteht“, sagt Pfister. „Deshalb

engagiere ich mich seit acht Jahren ehrenamtlich für die berechtigten Interessen dieser Menschen.“ Pfister ist bei der Düsseldorfer Tafel aktiv und berät mittellose, zumeist geflüchtete Menschen im Welcome Point 08 der Diakonie.

In die Beratungsstunden der Behördengruppe des WP 08 kommen Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung Hilfe und Unterstützung benötigen, die von Inkasso-Unternehmen abgezockt werden, die eine Arbeit suchen und keine finden, die bei der Ausländerbehörde monatelang erfolglos um die Verlängerung ihres Aufenthaltstitels oder um die Erteilung einer Arbeitserlaubnis gekämpft haben oder die sich bloß im Dschungel der Anträge von Job Center, BA, Wohnungsamt, Familienkasse oder Sozialamt hoffnungslos verheddert haben und nicht mehr weiterwissen.

In Erinnerung geblieben ist Pfister besonders der Fall eines Syriers, der aufgrund eines Nierenversagens drei Mal in der Woche zur Dialyse musste. Sein Bruder wollte ihm deshalb eine seiner Nieren spenden, was das Krankenhaus mit Verweis auf den Flüchtlingsstatus der Brüder zunächst ablehnte. Pfister sah das nicht ein und nahm sich des Falles an, wandte sich an das Krankenhaus, an die Kommission für Organtransplantation der Bundesärztekammer und schließlich – als das alles nichts half – an die Presse. So gewann Pfister viele Unterstützer*innen und erreichte schließlich das, wofür er eingetreten war: Die Nierentransplantation wurde erfolgreich durchgeführt.

Im Laufe der Zeit hat Pfister vielen Menschen geholfen, und zu vielen von ihnen hat er immer noch Kontakt. Auch zu einem hochqualifizierten Mann aus dem Irak, dem die Ausländerbehörde viele Jahre die Arbeitserlaubnis verweigert hat. Nach acht Jahren hat es nun doch endlich geklappt: Im April dieses Jahres wird der Iraker eine Stelle als Fachkraft in einem großen Unternehmen antreten. „Das sind Erfolgsgeschichten, die mich immer wieder motivieren, mich auch in scheinbar aussichtslosen Fällen für die Menschen einzusetzen“, sagt Pfister. Nur eines falle ihm immer noch schwer: den Dank für seine Unterstützung anzunehmen. „Aber ich arbeite daran“, sagt er.

Jürgen Nöhlen hat alle im Blick



Im Joachim-Neander-Haus wird Jürgen Nöhlen freudig begrüßt. Er war krank und länger nicht da, aber es ist, als wäre er nie weg gewesen. Nöhlen hat früher in der Gastronomie gearbeitet, später ging er in die Altenpflege. Dann wurde er wegen einer schweren Krankheit frühverrentet. Doch zu Hause hielt er es nicht aus. „Ich kann nicht anders, ich muss was tun, ich bin ein Workaholic“, sagt er. Zwei Mal in der Woche kommt Nöhlen jetzt ins Joachim-Neander-Haus, um den älteren Menschen dort das Frühstück zu servieren, einmal in der Woche hilft er außerdem im Café des angrenzenden zentrum plus aus. Die Damen auf Wohnbereich 7a haben Nöhlen schon schmerzlich vermisst. Kein Wunder, er kennt die Vorlieben der Frühstücksgäste, weiß, wie die Menschen ihren Tee oder Kaffee trinken, weiß, wen er freundlich erinnern muss, die Tabletten nicht zu vergessen, und wer um wie viel Uhr in den Frühstücksraum kommt.

Einer Bewohnerin stellt er immer einen extra Teller hin, auf dem er einen Teil der Frühstücksbrote kleinschneidet. „Die Bewohnerin fragt sich sonst während des gesamten Frühstücks, ob sie alle Butterbrote aufessen kann. Wenn eines unberührt auf einem extra Teller liegen bleibt, kann es theoretisch noch jemand anders essen. Dadurch fühlt sie sich weniger unter Druck“, sagt er.

Nöhlen hatte es nicht leicht im Leben, musste sicher mehr Hürden meistern als viele andere Menschen. Als er meinte, alles wieder im Griff zu haben, erkrankte er schwer. Aber Nöhlen lässt sich nicht unterkriegen und vor allem nicht: vom Helfen abbringen. Denn andere zu unterstützen, ist für ihn auch Zeichen einer gesunden Gesellschaft. „Eine Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn wir solidarisch sind. Manchmal gibt man. Manchmal nimmt man. So funktioniert das“, sagt er.

Mehr Informationen zum Ehrenamt bei der Diakonie und zum Ehrenamtsfinder mit Ehrenämtern in verschiedenen Einrichtungen in ganz Düsseldorf unter: www.freiwilligenzentrale.info

Mit den Kleinen viel bewirken

Beim Thema Nachhaltigkeit machen jetzt auch die Kleinsten (und Begeisterungsfähigsten) mit: Am 1. Februar startete bei der Diakonie das Projekt zur Förderung von Bildung für nachhaltige Entwicklung, kurz BNE. In den kommenden anderthalb Jahren gilt es im Rahmen des Projekts ein Programm auf die Beine zu stellen, mit dem die Kinder in den Kitas und Offenen Ganztagschulen der Diakonie spielerisch an das Thema Nachhaltigkeit herangeführt werden. Dazu werden verschiedene Formate wie Aktionstage und Lehrmaterialien entwickelt und den Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Stiftung für Umwelt und Entwicklung NRW (SUE) fördert das Projekt zu 80 Prozent.

Auszeichnung auf dem Spielfeld

Die Partnerin von Fortuna Düsseldorf, die TARGOBANK, hat die Initiative „Respekt und Mut“ ausgezeichnet, die sich in Trägerschaft der Diakonie Düsseldorf befindet und sich seit fast 25 Jahren für die interkulturelle Verständigung in Düsseldorf einsetzt. Die Spende in Höhe von 5.000 Euro wurde auf dem Spielfeld übergeben, Koordinator Volker Neupert und Diakoniefarrer Michael Schmidt haben sie zusammen mit weiteren Mitgliedern des Koordinierungskreises entgegengenommen.

Die Goldene Klobürste

Das Schulparlament der GGS Bingener Weg hat mit Unterstützung der Schulsozialarbeit einen Brief an den Oberbürgermeister Keller geschrieben und so die Installation neuer, verschlossener Toilettenpapierspender und die Bereitstellung hochwertigeren Toilettenpapiers an Düsseldorfer Schulen auf den Weg gebracht. Außerdem haben sie einen Geschlechterwettbewerb für die Sauberkeit der Toiletten ins Leben gerufen. Die Gewinner werden mit der Goldenen Klobürste belohnt.

Ausstellung im Stadtmuseum

Das Unsichtbare sichtbar machen: Das wollten die Düsseldorfer Frauenhilfe-Einrichtungen mit der Kunstaussstellung „unSICHTBAR“ erreichen. Gezeigt wurden Arbeiten von Frauen und Mädchen, die während therapeutischer Prozesse und in Workshops entstanden sind. Zu sehen waren die Bilder in der Zentralbibliothek und im Stadtmuseum. Möglich gemacht hat das Kooperationsprojekt von Düsseldorfer Frauenhilfe-Einrichtungen die Düsseldorfer Bürgerstiftung mit einer großzügigen Förderung.

Dialog No. 11 / 2024 – Solidarität

Herausgeber

Der Vorstand der Diakonie Düsseldorf –
Gemeindedienst der evangelischen Kirchen-
gemeinden e. V.

Redaktion

Anne Wolf (verantwortlich), Julius Kohl,
Kira Küster, Christoph Wand
Freie Mitarbeiter*innen:
Karl Grünberg, Marc Latsch, Carolin Scholz

Redaktionssekretariat

Michelle Lepak
Platz der Diakonie 3, 40233 Düsseldorf
Telefon 0211 73 53 299
E-Mail info@diakonie-duesseldorf.de

Coverfoto & Bildstrecke

David Ertl

Fotos

Jana Bauch, Julia Baumgart, Gerald
Biebersdorf, David Ertl, Violetta Odenthal

Lektorat

Maike Kleihauer

Gestaltung & Art-Direktion

Fons Hickmann M23, Berlin
www.m23.de

Druck

Tannhäuser Media, Düsseldorf

Papier

Circleoffset Premium White,
100 Prozent Altpapier,
Umweltzertifizierungen:
Blauer Engel, Ecolabel, FSC

Auflage

9.000

Erscheinungsweise

halbjährlich

Spendenkonto

Diakonie Düsseldorf
IBAN DE87 3005 0110 0010 1057 57
BIC DUSSEDDXXX

Im Netz

diakonie-duesseldorf.de
facebook.com/diakonie.duesseldorf



HOMBROICH: RAKETENFESTIVAL 01.06.2024

SVEN-ÅKE JOHANSSON
DAVID TOOP
MARY JANE LEACH
GARTH ERASMUS
TOMOKO SAUVAGE
TOLOUSE LOW TRAX
NICOLAS HUMBERT
WERNER PENZEL
ROBERT LAX
RALF SCHREIBER

